Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 55 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeilen oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Genthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Der Gladstone'sche Vorschlag.

Wir haben nie zu den Verehrern des liberalen englischen Staatsmannes gehört, der jetzt an der Spitze der britischen Regierung steht; abgesehen von seinen mancherlei Anschauungen waren es schon seine Rudereien, die auf uns abstoßend wirken mußten. Seine Sozialpolitik in Bezug auf die arbeitenden Klassen konnte uns aus dem einfachen Grunde nicht anziehen, weil Herr Gladstone keine sozialpolitischen Ideen hat, welche sich auf die von der Arbeiterwelt diskutierten gesellschaftlichen Probleme beziehen. Aber Eins müssen diesem Staatsmann auch seine Feinde lassen: am Abend seines Lebens und am Ende einer langen politischen Laufbahn zeigt er einen Muth und eine Entschlossenheit, wie sie von den neueren englischen Staatsmännern keiner aufweisen kann. Wir meinen sein Verhalten in der irischen Frage.

Gladstone ist offenbar zu der Erkenntnis gekommen, daß die irische Frage ein Pfahl im Fleische des britischen Staatskörpers ist, der eine tödtliche Krankheit in diesem Staatskörper hervorrufen kann, wenn nicht kräftige Heilmittel angewendet werden. Und so schlägt er denn vor, nachzugeben und die Hauptforderung der Irländer als berechtigt anzuerkennen. Er will der grünen Insel eine eigene, selbstständige parlamentarische und legislative Vertretung gewähren.

Das ist viel gewagt in diesem England, dessen Aristokratie und Bourgeoisie sich seit so langer Zeit in den Gedanken hineingelegt haben, das Abhängigkeitsverhältnis Irlands zu England sei ein unveränderliches und müsse es auch bleiben in alle Zukunft. Dies Vorurtheil ist in der englischen Geschichte durch Jahrhunderte immer gleich geblieben. Liberale und konservative Regierungen thaten gegenüber Irland genau dasselbe und das weiland republikanische Regiment Cromwells desgleichen; sie betrachteten Irland als eine Kriegsbeute, mit der sie nach Belieben umspringen sich erlaubten. Die wiederholten Befreiungsversuche der Irländer, die alle mißlungen, dienten immer nur dazu, das Kriegsrecht von Neuem über die unglückliche Insel zu verhängen, die einmal das Unglück hatte, sich in der unmittelbaren Nachbarschaft Englands zu befinden. Den irischen Grundbesitzern wurde einfach ihr Eigenthum genommen und an englische Lords verchenkt; Tausende von Iren müssen heute als Pächter oder Tagelöhner ein elendes Dasein führen, auf demselben Grund und Boden, der ihren Ahnen gehört hat. In London aber sitzen die Lords, welche die Grundrente aus den ihnen geschenkten Ländereien ziehen, und freuen sich, daß es heute noch hochweise Nationalökonomie giebt, die

haarklein nachweisen, daß genau genommen eine Grundrente gar nicht existirt.

Das irische Volk kam unter dem englischen Terrorismus ins äußerste Elend und Hunderttausende verließen die Heimath, um sich anderwärts niederzulassen. Aber die auf Unabhängigkeit gerichteten Bestrebungen konnten nicht unterdrückt werden; sie traten in dieser oder jener Form immer wieder zu Tage. Herr Gladstone mag eingesehen haben, daß diese Bestrebungen, die auf einem guten Recht beruhen, nicht mehr zu beseitigen sind, nachdem alle Gewaltmittel erschöpft sind. Darum tritt er mit dem Vorschlage auf, Irland ein eigenes Parlament zu gewähren, das über die inneren Angelegenheiten des Landes berathen und beschließen soll.

Die Form des Vorschlages entspricht freilich dem Gladstone'schen Wesen, jener Abneigung der herrschenden Klassen vor dem allgemeinen Wahlrecht. Darum sollen die Abgeordneten des neuen irischen Parlaments in Klassen eingetheilt werden und über das Wahlsystem äußert sich Herr Gladstone vorsichtiger Weise noch nicht.

Aber im Ganzen ist doch der Gladstone'sche Vorschlag dasselbe, was eist das Ziel der stürmischen und aufregenden Repeal-Agitation des Iren D'Connell war, jenes Manes mit der gewaltigen Beredsamkeit, die das britische Reich erschütterte. Welch eine Erregung mag unter den Anhängern des Mitgebrachten sein, da sie den letzten Staatsmann die Bahnen D'Connells beschreiten sehen! Es war so schön, von britischer Freiheit zu reden, von den Rechten des Staatsbürgers und von dem großmüthigen englischen Löwen, während man Irland unterdrückte und auszog, wie es die Römer in ihren schlimmsten Zeiten mit den eroberten Provinzen machten.

Ob Gladstone mit seinem Vorschlage durchbringen wird? Einweilen wendet sich die ganze englische Presse mit Ausschluß seines eigenen Organs gegen ihn, und es scheint, als ob er alles auf eine Karte gesetzt habe und mit seinem Vorschlage stehen oder fallen wolle. Man muß sich darauf gefaßt machen, daß sich die herrschenden Klassen Englands in Bezug auf die irische Frage jeder besseren Einsicht verschließen.

Jedenfalls stehen in England interessante Dinge bevor und man kann gespannt sein, wie sich die irische Frage nun gestaltet, ob Irland selbstständiger wird, oder ob auch Gladstone von dem Schlund dieser Frage verschlungen wird.

Politische Uebersicht.

Zur Kirchenpolitik. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: „Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, hat die Kurie neuerdings sich bereit erklärt, die Anzeigepflicht ohne Rückhalt jetzt zu be-

willigen, nachdem der Fürst Bismarck die Erklärung abgegeben habe, daß ohne eine solche Konzession die kirchenpolitische Vorlage von beiden Häusern des Landtages abgelehnt werden würde. Die Kurie setzt dabei voraus, daß die Staatsregierung die Erklärung abgeben werde, daß sie demnächst eine Revision der malgesehlichen Anzeigepflicht dem Landtage vorzuschlagen bereit sein werde. Da die Staatsregierung dem Vernehmen nach hierzu bereit ist, so erachtet die Annahme der kirchenpolitischen Vorlage und damit die Herstellung des Friedens gesichert.

Das Lied vom Staatsstreich wird jetzt überall in der offiziellen Presse mit wachsender Dreistigkeit gepfiffen, und zwar nicht etwa nur in Preußen; auch in den Kleinstaaten machen die offiziellen Blätter und Blättchen die neue Mode mit. Aus dem Odenwalde schreibt man dem „Neuen Hess. Volksblatt“: „Der in Groß-Umstadt erscheinende „Odenwälder Bote“, das „amtliche Kreisblatt für den Kreis Dieburg“, ergeht sich anlässlich einer Besprechung des 71. Geburtstages des Fürstlichen Bismarck in heftigen Ausfällen gegen die extremen Parteien, als welche „Zentrums-Partei, Deutsch-Freisinnige, Sozialdemokraten, Eißäcker, Dänen und Polen“ ohne Weiteres in einen Topf geworfen werden. Schließlich verweist sich das genannte kreisamtliche Organ wütlich zu folgender Leistung: „Mögen es sich die oppositionswüthigen Herren im Reichstag wohl überlegen, wenn sie die Verantwortung auf sich nehmen sollen, daß der Reichstag eines schönen Tages, ähnlich wie der selbige Bundestag, laßt und die einzelnen Landesregierungen und Landesvertretungen an seine Stelle treten.“ Es ist in der That weit gekommen, daß die Regierungspresse in solcher Weise über die höchste Vertretung der deutschen Nation zu schreiben sich unterließen darf, für den gegenwärtig wehenden Wind erscheint es aber ungemein charakteristisch und mahnt das Volk, auf seiner Hut zu sein!

Zweiterlei Mah. Das „Berl. Tagebl.“ schreibt in großer Seelenruhe: „Es wäre gar nicht zu verwundern, wenn eines Tages die Decoreuiller Arbeiter genug von den Agitatoren hätten, und, müde des Humantens, namenlich wenn, was über kurz oder lang unausbleiblich ist, die Streikfonds nicht mehr so reichlich fließen, den Deyern das Schicksal eines Wairin bereiten.“ — Wenn wir nun jemals schrieben: es würde uns gar nicht verwundern, wenn man diesen oder jenen Fabrikanten eines Tages das Lebenslicht ausblies — welches Wuthgeheul würde die gesammte gesinnungsstüchtige Presse anstimmen!

Ueber die politische Heuchelei des „freisinnigen“ Bürgerthums macht der belgische Korrespondent des „Kreuzzeitung“ sehr zutreffende Bemerkungen. Das Bürgerthum hat bekanntlich, so lange es im Kampfe gegen Regierung und Kirche stand, niemals die Revolution geübt, gerade in Belgien hat es sich bis in die jüngsten Tage möglichst revolutionär geberdet, und nur jetzt, wo die Massen des Volkes bereits gegen die bürgerlichen Interessen handeln, da ist ihm die Ruhe — und wenn es die Ruhe des Kirchhofes wäre — die erste Bürgerpflicht. Dagegen schreibt das ultramontane „Kreuzzeitung“ sehr richtig: „Ja, hätte der Böbel nur Klöster verbrannt,

Nach einer Weile erschien Oswald wieder und sagte spöttisch: „Die Gnädige läßt Herrn Schäßlein zu sich bitten, sie hat mit ihm im Auftrage ihres Schwiegervaters zu sprechen.“

„Wenn's eilig ist, werd' ich jetzt kommen. — Seht Ihr, die Frau wird artiger. Ich will doch sehen, was sie hat, und verlaßt Euch drauf, sie soll nicht noch einmal Appetit kriegen, uns wie ihr Bedientenpaar zu behandeln.“

Damit zog er den Hausrock aus, fuhr in ein besseres Kleidungsstück und trat seinen Weg an.

Die Baronin nebst Tochter hatten schon nach der Verlobung, als sie das Haus besichtigten, die Trödlerei höchst mißfällig bemerkt, doch schien Edmund die betreffende Erwähnung nicht weiter zu beachten. Die vornehmen Damen hatten daher beschloffen, nach der Hochzeit bei passender Gelegenheit diese Unzierde des Hauses auszumergen. Jetzt glaubte die alte Baronin einen geeigneten Zeitpunkt hierzu gefunden zu haben.

Der Trödler erschien vor ihr mit einer kurzen Verbeugung. Die alte Baronin, im Fauteuil am Fenster ruhend, nickte trocken.

„Sie wollen mich sprechen, Frau Baronin?“

„Ja, mein Lieber. Während der Abwesenheit meines Schwiegervaters bin ich von ihm für alle Dispositionen, welche nöthig werden, bevollmächtigt. Ich habe seihen hier am Fenster den pöbelhaften Erzeß anhören müssen, den Sie veranlaßt haben! Ferner, mein Outer, benützen Sie nicht bloß die Ihnen angewiesenen Miethsräume, sondern auch einen Theil des Trottoirs, um Ihre Lappalien auszustellen. Das unterbleibt fortan, sonst werden Sie sich nach anderen Lokalitäten umsehen müssen.“

„Om! — Sie spaßen doch wohl bloß? Was? — Oder sollten Sie zu vornehm sein, zu wissen, daß jeder Kaufmann seine Waare ausstellen muß, will er sie los werden? Ich wohne schon an die achtundzwanzig Jahre im Hause, da werd' ich wohl nicht heute erst anfangen, sein zu werden. Haben Sie sonst nichts Nöthigeres, so kann ich wohl abkommen.“

„Unverschämter! — In welcher Manier erlauben Sie

Feuilleton.

Der Trödler.

Roman von A. E. Brachvogel.

(Fortsetzung)

„Hat der Wilhelm meiner Tochter 'nen Antrag gemacht? Hat sie ihn angenommen?“

„Nein, noch nicht. — Sie als Vater aber —“

„Na, wir wollen sie fragen!“ Justus öffnete, sehr von seiner vorherigen Bewegung abweichend, die Hinterthür.

„Mathilde! Mutter! kommt doch einmal 'rein!“

Beide erschienen und waren nicht wenig über den Besuch erstaunt. Mathilden schoß das Blut in die Wangen.

„Pinkeris kommen zu uns auf die Freie, der Wilhelm möchte Dich nämlich zur Frau, Mathilde!“

„Er liebt Sie, Herzliebchen, nur wagt er sich's nicht zu sagen! Sie sollen's auch recht gut bei uns haben, meine Tochter! Na, was meinen Sie?“

„Derr Pinkert, ich bedank' mich recht schön für die Ehre, aber ich kann Ihren Sohn nicht nehmen. Sie sind meinem Vater immer sonst Feind gewesen, und ich kann nicht dafür, aber als Kinder haben wir uns schon nie leiden können. Ich kann nicht. Werd' auch wohl nie heirathen!“

„Ach, Ramsell Mathilde!“ rief Wilhelm, und die Thränen rollten ihm herab.

„Seh, nicht wahr? Aber den Edmund hätte die Jungfer gern gemocht!“ grinste der Alte.

„Hinaus, Salunkel!“ schrie Justus und ergriff eine alte Gardinenstange. „Ehe mein Kind Seinen Sohn heirathet, lieber soll sie gar nicht heirathen! Schimpf wagt Er mir noch zu bieten?! Daß Ihr Schufte seid, weiß ich! Habt's an mir bewiesen. Macht, daß Ihr hinausgeht, oder ich vergeb' mich, bei Gott!“

„Schlagt doch! Ich habe Zeugen!“ schrie der Alte und riß hastig die Thür auf.

Gotteshäuser geschändet und verwüstet, „Pflaster“ zu Tode ge-
bragt, dann wären das ja in den Augen der „liberalen“
Herren „begreifliche“ oder „legitime“ Ausbrüche der „noblen
Volksseele“ gewesen! Dann hätten die, die jetzt so sehr nach
Militär schreien und auf die Regierung schimpfen, weil sie
nicht energisch genug eingeschritten sei, ebenso sehr dagegen
beklagt, daß man Militär heranziehe, und sie hätten dann
Lässigkeit und Untätigkeit der Regierung „ganz in der Ord-
nung“ gefunden. Aber da es nun auch den „liberalen“ an
Reich und Eigentum ging, so war es gleich „etwas Anderes!“
... Der 7. September 1884 hat für immer und in unaus-
löschlichen Blüten den Charakter unseres „Liberalismus“ ent-
hält; damals war der von Vogenleuten geleitete, bewaffnete
und bezahlte Pöbel, ein „edler“ und „heldenmüthiger!“ Das
war ein Jubeltag für die „liberalen“ Presse, — und sie suchte
ihre blinden oder fanatisirten Werkzeuge noch zu neuen „Thaten“
dieser Art nach jenem 7. September aufzuwachen. Die Miß-
handlungen, die Verwundeten, ja sogar die Todten verachtete und
verleumdete sie; es waren ja nur Katholiken, also in ihren
Augen „keine Menschen“. So groß ist der Haß dieser Leute
gegen die Religion, daß sie einen Uebelthäter einem Katholiken
vorziehen. Und was machten sie damals für einen Lärm, als
es hieß, das Militär würde requirirt, um die Ordnung wieder
herzustellen?! Rein, das durfte man nicht geschehen lassen, es
wäre, hieß es, „ein Verbrechen gegen das Volk“, das „gegen
die liberale Herrschaft eine so spontane, so freiwillige Kund-
gebung“ veranstaltet habe!

Freiherr v. Zedlitz-Neuhaus, dessen Benehmen bei der
Polenbedatte so allgemein auffiel, wird in der „Königlichen
Volks-Ztg.“ wie folgt geschildert: „Dieser freionservative Ge-
heimrath ist ein Gemisch von Junkerthum und Bureaukratismus;
wenn er, das Monarchie ins Auge gefaßt, mit seiner
schwarzen Stirn sich schließend überseht, stellt er „voll und
ganz“ einen Typus dar, wie er in solcher Ausbildung doch
auch im preussischen Abgeordnetenhaus allfälligerweise nur
selten ist. Im Allgemeinen erinnert das Haus in seiner
jetzigen Zusammensetzung oft lebhaft an die Landrathskammer
der fünfziger Jahre; von alten Parlamentariern kann man
häufig die Bemerkung hören: „genau wie damals!“

Ein scharfes Urtheil über die antipolnische Politik der
Regierung fällt die „Germania“. Das ultramontane Blatt
schreibt: „Es wird von der unabhängigen Presse dafür gefordert,
daß vor Allem die Vorgeschichte dieses 100-Millionenfonds
nicht aus dem Gedächtnisse verschwinde. Zuerst wurden
30-40 000 russischer und österreichischer Polen, nach ihrer großen
Mehrzahl Katholiken, ausgewiesen, ohne Rücksicht auf Alter
und Geschlecht, ohne Rücksicht auf Handel und Wandel. Man
hat diese Massenauweisungen entgegen dem Völkerrecht und
den geringsten Anforderungen der Humanität vorgenommen
und sie dem österreichischen Kabinett gegenüber ausdrücklich mit
Gründen konfessioneller und sprachlicher Verschiedenheit
motivirt. Nichts halfen die Proteste der öffentlichen Meinung, nichts die
Schilderung von mit großer Härte ausgeführten Ausweisungen.
Die Maßregeln wurden durchgeführt, es wurden polnische Ein-
wanderer, die seit Jahrzehnten unter Duldung der preussischen
Regierung sich in unseren Provinzen niedergelassen, in Massen
ausgewiesen. Und als der Reichstag, dem die Fremdenpolizei
unterliegt und zu dessen Kompetenz die auswärtigen Beziehun-
gen gehören, diese Ausweisungen seiner Kritik unterzog, da
erschien als Kontrolleur im preussischen Abgeordnetenhaus jener
famoso Antrag Nebenbach, der sich als ein Antrag Miquel-
Denignien entpuppte. Der Antrag sprach die Bereitwilligkeit
zur unbeschränkten Bewilligung von Staatsgeldern für Maß-
regeln gegen die Polen aus und hatte, bevor er den arglosen
Deutschkonservativen in die Hände gespielt wurde, zuvor die
Billigung des Reichstagslers gefunden. Man hatte sich in
den Antrag so sehr verbeissen, daß man selbst die Geschäfts-
ordnung durchbrach und den Antrag im Plenum erledigte, ob-
wohl § 27 eine Vorprüfung des Antrages in der Budgetkom-
mission vorschrieb.“

Die Gouvernementsalben überließen diesen Blankowechsel
der Regierung und diese präsentierte ihn mit den eingezeichneten
100 Millionen. Die 100 Millionen Vorlage wurde als eine
„nationale That“ gepriesen, was brauchen sich da unsere
Herren Nationalen um die Versätze gegen Artikel 4 der preus-
sischen Verfassung zu kümmern, welcher vorschreibt, daß alle
Preussen vor dem Gesetz gleich sind, die Polen wie die Deut-
schen? Und die entgegenstehende Reichsgesetzgebung (Frei-
willigkeitsgesetz) war eben so wenig für unsere „nationalen“
Herren vorhanden wie die Verfassungsbekanntmachung. Statistisches
Material beizubringen hat man ausdrücklich abgelehnt und was
an solchen der Landwirtschaftsminister vordachte, bewies
direkt das Gegentheil. Es wurde von Herrn Lucius nachge-
wiesen, daß im Osten der deutsche Großgrundbesitz den polnischen
bei weitem überwiegt habe, wozu also noch 100 Millionen?
Man kümmerte sich auch nicht um die praktischen Schwierig-
keiten, um den Zwiespalt, der zwischen Deutschen und Polen
aufgerissen wird, um die Verheerung von Kolonisten, um
eine relativ sachgemäße Verwaltung und Anwendung der Fonds.
Und was das Schönste ist, man erklärte, die Finanzlage sei so
vorteilhaft, daß man die neue Last gerne zu anderen Lasten

sich zu sprechen! Ich sage Ihnen hiermit, daß Sie das
nächste Vierteljahr ziehen werden! Sehen Sie!“
„Sie — sagen mir? — Sie haben ja gar nichts zu
sagen, Gnädige! Haben Sie denn notarielle Vollmacht von
Ihrem Schwiegerohn?“
„Nicht übel, wahrhaftig!“ und zornig stand die Dame
auf. „Das muß ich mir von einem armseligen Erdbler
bieten lassen? O recht, mein Vetter! Da Sie mich nicht
für voll ansehen, die Rechte meines Sohnes in Anspruch
zu nehmen, wird Ihnen derselbe, wenn er zurückkommt, die
Sache auf eine Weise deutlich machen, daß Sie zufrieden
sein sollen. Inzwischen werde ich die Polizei beauftragen,
daß sie Ihnen sagt, wie Sie Ihre feinen Waaren unterzu-
bringen und Standaal zu vermeiden haben!“

„Sehn Sie mal an, was Sie nicht Alles werden!
— Na na! — Wissen Sie — Sie werden ganz still
sein! Und der junge Mann, Ihr guter Herr Schwieger-
ohn, wird auch ganz still sein, sonst ländige ich Ihnen den
Kram und lasse — Sie einmal — andere Lokalbilder be-
ziehen! Sie wissen wohl noch gar nicht, daß im Testament
des seligen Hennings steht, daß ich zeitlebens im Hause
bleiben soll? Sie wissen auch wohl noch nicht, daß ich zwanzig-
zigtausend Thaler zur ersten Hypothek auf diesem Hause stehen
habe, trotz meiner feinen Waare auf der Straße, trotzdem
ich nur ein unverschämter Erdbler bin? Auch wissen Sie
wohl gar nicht, daß ich mir gerade dann den Spaß machen
werde, Ihnen das Kapital zu kündigen, wenn's dünnt in
Ihrem Beutel auszufließen wird? Das wissen Sie freilich —
Alles nicht! Deswegen hab' ich's Ihnen eben gesagt!
Leben Sie mir hübsch gesund und ärgern Sie sich nicht
über mich! Ich bin nun mal 'n ordinärer Kerl, ich bin
eben nicht ablig!“

Er nickte und verließ den parfümirten Salon. —
Die Baronin stand stumm wie eine Bildsäule und blickte
ihm nach, als träume sie, als wäre es ihr unmöglich, sich
in die Wirklichkeit zurückzufinden. Und dennoch mußte sie
erwachen, ach, that es mit all' dem Entsetzen, der Erbitter-
ung, welche nach einer so gräßlichen Täuschung ihrer
Hoffnungen von Reichthum und Unabhängigkeit wohl
natürlich erschien. — Daß Schäplein wahr geredet hatte,

tragen wolle. Aber schon als die Kanalvorlage eingebracht
wurde, da ächzte und stöhnte man, die Finanzlage sei schlecht.
In der That, das ist sie, warum aber wurden trotzdem die
100 Millionen bewilligt ohne Rücksicht auf die anderen Be-
dürfnisse des Staates? Der Landtag wird dem Volke eine
schöne Rechnung präsentieren. Es werden darin folgende
Posten stehen:

	Millionen
„Anstiedelungsgesetz“	100
Anderer Antipolenmaßregeln	15
Neue Bahnbauten	52
Nordostkanal	50
Kanalvorlage	71
Summa	288

Für die so notwendige Weichselregulirung wird auch
etwas geschehen müssen und dann sind die 300 Millionen voll,
eine Summe, die durch Anleihen zu decken sein wird. Und
das alles bei der enormen Noth der Landwirtschaft, Industrie,
des Handwerkes und Arbeiterstandes! In demselben Momente,
wo man den Steuerzahlern so enorme außerordentliche Lasten
zu denen in dem ordentlichen laufenden Etat aufpaukt, da
jammern die Gouvernementsalben nach einer weiteren Steuer-
erleichterung der Kommunen und kommunalen Verbände.“

Die bekannten Aeußerungen des Reichstagsabge-
ordneten v. Schallscha haben zur Folge gehabt, daß auf Ver-
anlassung des schweizerischen Justiz- und Polizeidepartements
seitens der Behörden des Kantons Genf die eingehendsten Er-
mittlungen bezüglich der angeblich dort stattfindenden Nach-
prüfungen der preussischen Thaler veranstaltet worden
sind. Diese Nachforschungen haben ergeben, daß die betreffen-
den Gerichte völlig aus der Luft gegriffen sind. (Vergl. auch
den heutigen Reichstagsbericht.)

In der bayerischen Abgeordnetenkammer wurde der
Antrag auf Uebernahme der Mobiliar-Versicherung
durch den Staat mit 83 gegen 59 Stimmen ange-
nommen.

Zu der Frage der Oeffentlichkeit des Gerichtsver-
fahrens bemerkte schon beinahe vor einem Jahrhundert der
genau nicht im Rufe eines übertriebenen Liberalismus stehende
Philosoph Hegel sehr treffend: „Die Oeffentlichkeit der
Rechtspflege nimmt der gerade Menschenfenn für das Rechte
und Nützliche. Ein großer Grund dagegen war ewig die Vor-
nehmheit der Gerichtsherren, die sich nicht jedem zeigen wollen,
und sich als Orte des Rechts ansehen, in das die Laien nicht
eindringen sollen. Es gehört zum Rechte aber namentlich das
B Vertrauen, das die Bürger zu demselben haben, und diese Seite
ist es, welche die Oeffentlichkeit des Rechtssprechens fordert. Das
Recht der Oeffentlichkeit beruht darauf, daß der Zweck des
Gerichts das Recht ist, welches als eine Allgemeinheit auch vor
die Allgemeinheit gehört; dann aber auch darauf, daß die
Bürger die Ueberzeugung gewinnen, daß wirklich Recht ge-
sprochen wird.“

Bekanntlich hat eine Aeußerung Treitschke's über
die Lehrer unter den letzteren eine große Erregung hervor-
gerufen. Die „Neue Bad. Schul-Ztg.“ freist aus diesem Anlaß
ein Wort des Herrn auf. Nach dem genannten Blatte
besuchen während der akademischen Wintersitzung Treitschke's
in Heidelberg auch Lehrer dessen „begeisterte Vorlesungen“. Eines
Tages aber mußten dieselben auch eine „herbe Bille“
verschlucken, denn der Herr Professor äußerte: „In den Halb-
gebildeten reche ich die Apotheker, Förster und Volksschullehrer,
und eben diese Halbgebildeten sind schon manchmal Ursachen von
Revolutionen geworden.“

Belgien.

Aus Belgien sind keine weiteren Aufrührungen gemeldet.
Die belgische Regierung unterläßt nicht, allerlei „Vorwärts-
maßregeln“ zu treffen. So wird der „Königlichen Ztg.“ ge-
meldet, daß am 7. April in Dordrecht 42 Personen anlangten,
welche von der belgischen Behörde ausgewiesen waren. Die
Ausgewiesenen wurden von der preussischen Polizei in Empfang
genommen.

Einem Berichte des Nachener „Echo“ entnehmen wir fol-
gende die sozialen Zustände Belgiens beleuchtende
Stellen: „Der belgische Arbeiter, auch der wallonische, ist von
Natur gutmüthig, leicht zufrieden, heiter gestimmt und fleißig.
Aber durch allzu frühes Arbeiten ist sein Urtheil vielfach ab-
gestumpft worden. Von einer sozialen oder Arbeitergesetz-
gebung kennt man ja hier zu Lande nichts, hier herrscht der
Schrankenlose Individualismus; mit dem Röder, „dem Ar-
beiter die freie Arbeit und Verdienstmöglichkeit“ zu erhalten,
werden hier Knaben und Mädchen, ja Kinder von sieben
Jahren, in die Gruben gelockt und gegen billige Lohnzahlung
ausgegeben! Entsetzliche, haarsträubende Zustände herrschen in
vielen unserer Gruben, das Geschlecht, das da einfährt, muß
immer mehr entnervt und geistig zerrüttet werden. Wie viel
Prozent der jugendlichen Arbeiter schon verfallen dem frühzeiti-
gen Sittlichthum, weil sie die harte Arbeit und die abentheuerliche
Luft in den Bergwerken nicht vertragen können! Dabei können
sie sich nur eine tägliche und unzureichende Nahrung ver-
schaffen, weil die Kinder 60 Centimes bis 1 Franken, die Er-

erkannte sie an der ironischen Ruhe des Mannes, und das
Bewußtsein, ihr Schwiegerohn, sie selbst mit ihrem Kinde
eines so ordinären Mannes, den man nie los werden könne,
erfüllte sie mit Zorn gegen Edmund, und sie bereute bitter,
nicht Silber vorzogen zu haben, Silber, für welchen
ihre Tochter wärmer empfunden als für Edmund, an den
sie nur das Geld und der Enthusiasmus, mit welchem er
ihr ergeben war, fesselte.

Dieser Enthusiasmus der feurigsten Liebe erhielt aber
in der Meinung der Baronin bald nach diesem Konflikt
mit Schäplein einen ungeheuren Stoß. — Pinkert hatte sich
nämlich eine eigene Art der Rache an Justus und seiner
Familie ausgedacht, welcher man eine artige Quantität
Vasheit und Niederträchtigkeit nicht abprechen konnte, die
aber nur zu ungeschickt ausfiel und daher ganz andere Wir-
kungen hatte, als ihr Schöpfer beabsichtigte.

Der Posamentier, welcher fühlte, daß die Abweisung
seines Sohnes durch Mathilde nur desto offener werde,
je mehr Skandal er über Justus mache, schwieg nämlich
einweilen still, aber lauerte, bis einer der Diensthofen der
Baronin oder Hennings' bei ihm einkaufen würde, um seine
Geschichten anzubringen.

So ereignete sich's denn, daß Nina, das Kammermädchen,
die verstoßene Wittwe Pinkert's der Gnädigen hinter-
brachte: Edmund habe mit der Tochter des Erdb-
lers ein Liebesverhältniß gehabt, sei mit ihr zusammen
erzogen worden, ja, der alte Hennings habe ihr
den Brillantschmuck vermacht, welchen er einst seiner Frau
geschenkt.

Die Baronin war auf's Tiefste alterirt, doch gebot sie
Nina zu schweigen und holte bei Oswald, dem Diener Ed-
mund's, welcher um die Schliche seines Herrn wissen mußte,
nähere Auskunft ein. Nach gewissen Zusicherungen für
den Fall, daß Edmund ihn entlasse, ertheilte er dieselbe auch
bereitwillig.

Sie hörte demnach, daß Edmund noch am Verlobungs-
tage mit Mathilde ein Rendezvous gehabt! Keimte die
Baronin diese Nachrichten mit des Erdblers Benehmen
gegen sie selbst zusammen, so mußte sie nur namenlose Ver-

wachsenen 2-4 Franken höchstens in den Gruben verdienen,
während die Nahrungsmittel theuer sind.“ Auch die stillose
Entwürdigung der armen Arbeiter schildert der Mitarbeiter des
wachener Blattes sehr gut. „Das Wort von dem Fabrikherrn
— schließt er seine Ausführungen — hat in Belgien wirklich
vieler Orts seine Bedeutung, und mancher Vater und mancher
Bruder knirscht gegen seine Brotageder und ihre Angestellten,
weil er weiß, was mit seiner Tochter, seiner Schwester ge-
schehen ist. Entsetzen dann Unruhen, so wird auch dafür Ver-
geltung genommen.“

Franreich.

Das „Journal du Loiret“ schreibt: „Man versichert, daß
die Regierung sich deshalb entschlossen hat, die H. Roche und
Duc-Quercy in Decazeville verhaften zu lassen, weil sie von
ihren Vorgesetzten Berichte über das Erstaunen erhalten hat,
welches Frankreich im Vergleich mit der belgischen „änglistischen“
Politik bei der Regierung von ganz Europa
hervorrufe. Man versichert, eine der Depeschen, welche Herr
de Freycinet diese Nachricht meldeten, habe den Ministerrath
in lebhaftest Aufregung versetzt.“

Die Emission der am Donnerstag von der französischen
Deputirtenkammer beschlossenen 900 Millionen Anleihe wird
nach einem belgischen Telegramm aus Paris nicht vor
Anfang Mai erfolgen. Die Osterserien der Kammer werden
voraussichtlich vom 17. dieses Monats bis zum 15. Mai
dauern.

Großbritannien.

Die liberale „Daily News“ sagt, es sei schwer, das
Schicksal der irischen Bill Gladstone's vorher zu sagen; das
Patriotische, was das Parlament thun könne, sei, den wohl-
erwogenen Plan Gladstone's in Behandlung zu nehmen, alle
Parteilichkeiten bei Seite zu legen und sich ehrlich zu be-
mühen, die Bill in Bezug auf die Interessen Irlands und
des Reiches zu vervollkommen. Der mittelparteiliche „Daily
Telegraph“ meint, die Irländer würden noch mehr Zugestän-
nisse verlangen, weshalb es unwahrscheinlich sei, daß die
Engländer den Plan mit Genugthuung betrachten würden.
Der konservative „Standard“ behauptet, die Bill werde durch-
fallen; dieselbe sei eine Hofschank des Unfriedens, nicht des
Friedens. Nach Ansicht der „Times“ bedeutet die Maßregel
vollständige und absolute Trennung im Prinzip; die Be-
schränkungen, welche angeblich dazu bestimmt seien, die Ober-
hoheit des Reiches zu sichern, müßten in der Praxis werthlos
sein; es sei zweifellos, daß die Bill verwerfen werde. Alle
Blätter sind voll des höchsten Lobes über die rhetorische Leistung
Gladstone's.

Schweden und Norwegen.

Vor Kurzem richtete der schwedische König das Ersuchen
an die Volksvertretung, daß auch seinem zweiten Sohne, dem
Prinzen Oskar, Herzog von Gotland, gleich wie ihm, dem
Könige, und dem Kronprinzen eine Apanage bewilligt wer-
den möge, wobei er in eigener längerer Rede die Gründe dar-
legte, welche ihn zu einer solchen Forderung veranlaßten. Der
Reichstag übergab diesen Antrag dem Staatsausschusse, der die
Gutachten abgab, dahingehend, daß die Forderung nicht zu
bewilligen sei, „weil die Gewerbe und ein großer Theil
der Bevölkerung des Landes augenblicklich unter dem Drucke
einer besonders schweren wirtschaftlichen Krise leiden, deren
Dauer schwerlich zu berechnen ist.“ Diesem Gutachten haben
sich jetzt auch die Kammern angeschlossen, indem von demselben
der Beschluß gefaßt wurde, die Apanage für den Prinzen nicht
zu genehmigen.

Italien.

Auch Italien geht gegen die Sozialisten mit Ausnahme
Maßregeln vor, die Brottsteuerkavalle müssen dafür zum Vor-
wand dienen. Das Ministerium des Innern erließ soort ein
vertrauliches Zirkular an alle Präfekten mit dem Ersuchen, je
dem ferneren „sozialistischen“ Handreich mit möglichstster Schärfe
entgegenzutreten, alle radikalen Vereine, Versammlungen u. dgl.
strengsten Kontrolle zu unterziehen und nichts zu unterlassen,
ähnlichen Erzeissen wie in Rußland vorzubeugen.

Rußland.

Das „Journal des Debats“ weiß davon zu berichten, daß
man in den offiziellen Kreisen in St. Petersburg der Annahme
sei, die revolutionäre Bewegung im Innern
Reiches sei wieder im Wachen begriffen. Noch mehr, das
französische Blatt läßt sich von der Rena melden, daß
Dienstag in St. Petersburg 4 Individuen verhaftet wor-
den seien, welche kurz vor der Reise des Kaiserpaars bedeutende
Stellungen an der Charkower Eisenbahn (der Bar passirte
länglich Charkow) zu erlangen gewußt hätten; es seien da-
zu zwei Kosaken, ein Student und ein Handwerker gewese-
nen. Ferner behaupten die „Debats“, daß in Charkow mehrere
Offiziere arretirt worden seien, welche nihilistische Propaganda
unter den Arbeitern getrieben hätten. Endlich meldet das
Blatt, auf Wassili Driow in St. Petersburg sei eine geheime
Druckerei sibirisch worden.

Die Deutschen gehen ihren Weg weiter. Der General-
Gouverneur v. Drenteln hat bestem Benehmen nach eine

achtung und Haß gegen Edmund erfüllen, welchen sie
einen ehrlösen Betrüger ihres Kindes ansah, der selbst
den Fallstricken eines alten Wucherers lag, welcher
dieses allseitige Unglück zu Ruhe machte. Nun erklärte
sie sich auch Edmund's befangenes Benehmen am Verlobungs-
tage, sein Zurückprallen, als er aus dem Hochzeitssaal
mit Astarten stieg, erinnere sie sich doch jetzt, Schäplein's
hämische Miene gesehen zu haben. Frau von Wolkenstein
liebte ihr Kind, wie eine vornehme und eitle Mutter
kann. Da sie aber unvernünftig war und Astarten
in den Präntionen einer Krüsstochter erzogen hatte,
beide Frauen überhaupt das Lebensglück allein im Glück
und Wohlleben zu finden im Stande waren, hatten sie
münd, als dem Begütertesten, den Vorrang gegeben. Sie
mußte sie das erleben! Schande, häusliche Zwietracht,
lästigste Abhängigkeit! Und sie selber war schuld! —
Gern hätte sie Kindern ihren Schmerz geklagt, aber konnte
sie das kompromittirende Geständniß machen, daß
ihn nur dem Gelde Edmund's aufgeopfert?

(Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Die interessante Reise durch das malerische Saarland
2. Jullus, in dem vielbesuchten Kaiser-Panorama —
— wird auch noch in dieser Woche zu sehen sein; an Stelle
von Saotiland wird ein neuer Byllus von Paris zum
Male ausgestellt. Der Besuch ist lohnend.

Projekirtes Repertoire der königlichen Schauspieler
vom 11. bis 18. April 1886. Am Opernhaus. Sonntag,
den 11.: Aida; Montag, den 12.: Carmen; Dienstag, den 13.:
Violetta (Fräul. Battini als Gast); Mittwoch, den 14.:
Fried; Donnerstag, den 15.: undestimmt; Freitag, den 16.:
Marie, die Tochter des Regiment's, Wiener Walzer; Samstag,
den 17., zum ersten Male: Johann von Polbrunn; Sonntag,
den 18.: Die Afrkanerin. — Am Schauspielhaus.
Sonntag, den 11.: Die Räuber (Herr Sauer als
Gast); Montag, den 12.: Tilli; Dienstag, den 13.:
Bibliothekar; Mittwoch, den 14., zum ersten Male: Timand
Donnerstag, den 15.: Ehtes Gold wird klar im Feuer;
Damenkrieg; Freitag, den 16.: Hamlet (Herr Sauer

heime Instruktion erlassen, in welcher das Verbot, betr. die Erwerbung von Grundbesitz durch Polen in Klein-Russland dahin präzisirt wird, daß dasselbe auch auf den Bezug der russischen Staatsbürgerrechte an die Landbesitzer anderer außerhalb unseres General-Gouvernements liegender Statthaltertschaften gegen den Grundwerb durch Deutsche Front zu machen. Den Anfang hiermit hat die Landbesitzer in Jekaterinow gemacht, in deren Generalversammlung eine Anzahl von Mitgliedern an die Staatsregierung den Antrag gestellt hat, den deutschen Kolonisten den Erwerb von Grundbesitz im Gouvernement Jekaterinow nicht zu gestatten. Da die russische Presse mit aller Energie die übrigen Landbesitzer auffordert, ein Gleiches zu thun, so ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß diese ihrer Kollegin in Jekaterinow nicht nachstehen werden. — Die Russen arbeiten übrigens, wie man sieht, ganz nach berühmten deutschen Mustern.

Balkanländer.

Sämmtliche leitenden Staatsmänner Europas haben, nach dem „Best. Lloyd“ die Ueberzeugung gewonnen, daß Fürst Alexander den submissiven Charakter des allgeringsten General-Lieutenants des Kaisers Alexander II. längst schon abgeschüttelt, daß er ein Charakter ist, — oder wenn man ihm diese Eigenschaft absprechen will, — so wird man andererseits doch zugestehen müssen, daß er zu einem Charakter durch die Behaltung der Verhältnisse und durch die Kunstfertigkeit der Diplomatie geduldet worden ist, — mit dem heute die Diplomatie als mit einem ernst zu nehmenden Faktor zu rechnen hat. Nimmt der Fürst von Bulgarien das auf fünf Jahre ihm zuerkanntene Gnadenjahr an, so thut er es nur, um Zeit zu gewinnen. Fürst Alexander von Bulgarien kann nicht der Gouverneur des Sultans in Umräumen bleiben. Daß er es weder kann, noch will, ist eine Ueberzeugung, welcher wohl ohne Rücksicht die Sinnlichkeit aller Kabinete nachgerichtet werden darf. Ob nun Fürst Alexander das Wort der Konferenz annimmt oder ob seiner berechnenden Klugheit sein Volk mit einem Coup zuvorkommt, die Thatsache steht für alle Mächte fest, daß die verschiedenen Wandlungen, welche die bulgarische Angelegenheit unter dem Auge der gelassen zuwartenden Vertragsmächte bestanden hat, die Politik Russlands — oder richtiger, die Politik des Cais in eine Bahn gedrängt haben, die, wenn es überhaupt noch möglich war, dem europäischen Einvernehmen und ferneren Zusammengehen in Sachen des Orients den letzten Schein einer Daseinsberechtigung genommen hat. „Die Frage der Interessen Russlands und Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan“ — schreibt man dem Besten Blatt weiter — ist ein Stadium getreten, dessen Ernst man am Wiener Botsplatz ebenso zu würdigen wissen wird, wie hier, wo man sich nicht mehr verheißt, daß der Jar persönlich nicht mehr vor der wohlgeleiteten Warnung zurückbleibe: „Rusland werde Oesterreich-Ungarn auf seinem Wege begegnen, wenn es zum militärischen Vorgehen in Sachen Bulgariens schreiten sollte.“

Die Journalmeldung, daß die Pforte den sofortigen Vormarsch ihrer Truppen beschlossen habe, wenn Griechenland nicht zur Abstrüfung und Zurückziehung seiner Truppen schreite, ist unbegründet. Ein Uebergegang der Pforte zum Angriff gegen Griechenland wird nur in voller Uebereinstimmung mit den Vertragsmächten und erst dann erfolgen, wenn alle Anstrengungen, Griechenland zur Rüksichtigung zu veranlassen, erschöpft sein sollten.

Gerichts-Feitung.

Das sensationslüsterne „Berliner Tageblatt“ brachte am 7. März d. J. in seinem lokalen Theile eine Diebstahls-Geschichte, die geeignet war, einiges Aufsehen zu erregen. Es handelte sich um eine Affäre, die in den sogenannten „höheren“ Kreisen der Gesellschaft sich zugetragen haben sollte, um die Entwendung einer kostbaren Brillantkette, die von der Frau eines hochgestellten Beamten bei einem Ballfeste gestohlen worden sein sollte. Die Staatsanwaltschaft erhob auf Grund dieses Artikels Anklage wegen groben Unflugs, begangen durch die Presse, gegen den Lokal-Redakteur des „Berl. Tagebl.“, Herrn Berl, und den Verfasser jener Nachricht, Herrn Dr. Wolff. Gestern stand Termin vor dem Schöffengericht an. Herr Berl erklärte, daß er von der Richtigkeit der in jenem Artikel behaupteten Thatsachen überzeugt gewesen wäre und es noch sei. Herr Wolff sei als peinlich gewissenhafter und zuverlässiger Reporter bekannt und es sei ihm für seine hochinteressante und wichtige Nachricht ein Honorar von 60 M. bewilligt worden. — Herr Dr. Wolff war bereit, den Beweis der Wahrheit für die Angaben jenes Artikels anzutreten und beantragte die Vorladung des Rechtsanwalts Henig, bei dem der Gatte jener diebstahls-vornehmene Dame in dieser Sache sich Rath geholt hat, und der Gräfin Schwanenfeld, der Besitzerin des Brillantenschmuckes. — Der als Amtsanwalt thätige Staatsanwalt Dr. Borchardt wies darauf hin, daß es zu den Eigenschaften der „guten“ Presse gehöre, in solchen Fällen erst Nachrichten beim Polizei-Präsidium, Abtheilung IV, zu halten, ein Weg, den das „Berliner Tageblatt“ gelangt aber nicht

Gast; Sonnabend, den 17., zum ersten Male wiederholt: Timandra; Sonntag, den 18.: Minna von Barnhelm (Herr Sauer als Gast).

Ein Attentäter im Theater. Italienische Zeitungen berichteten vor etwa vier Monaten von einer Scene, die im Theater zu Monterubiano stattgefunden. Ein gewisser Marmilli, den dortigen „besten Reisen“ angeblich, war während der Vorstellung von Scio's „Frauentamp“ plötzlich in die Loge des Bürgermeisters, in welcher dieser in Gesellschaft des Signor Di Scio, des Schwagers Marmilli's saß, getreten und hatte mit den ruhig gesprochenen Worten: „Guten Abend, meine Herren!“ einen vollen Korbstoch hervorgezogen und mit diesem auf seinen Schwager mit voller Wucht losgeschlagen. Nachdem man dem Di Scio von allen Seiten zu Hilfe geeilt war und den Attentäter unschädlich gemacht hatte, konnte die bei der Aufregung im Publikum unterbrochene Vorstellung ihren weiteren Verlauf nehmen, und Marmilli war später an einer empfindlichen Geldstrafe verurtheilt worden. Mehrere Monate hindurch verdingte sich Marmilli wieder als Gesellschaft in dem Theater zu Monterubiano und wieder stieg Di Scio in voriger Woche in einer Loge des ersten Ranges, und diesmal ist es die „Kameliendame“, der das ganze Haus mit gespannter Aufmerksamkeit zusah, als plötzlich Marmilli sich mitten in einer Parquetreihe erhob und einen Revolver hervorziehend mit den Worten: „Da, Du Schuft!“ diesen auf seinen Schwager abfeuerte. In den Irren Arm getroffen, sank dieser blutüberströmt zusammen und befindet sich gegenwärtig noch in Lebensgefahr. Schwere Familienkonflikte sollen es sein, die den Marmilli zu so grimmiger und blutiger Vergeltung seines Schwagers treiben, aber merkwürdiger Weise wußte er sich gerade immer das Theater zum Schauplatz seiner Rache.

Endlich entdeckt. In Königsberg verschwand vor sechs Jahren plötzlich der Exeutor Wagner. Alle Recherchen nach ihm blieben erfolglos, und da er mehrere hundert Mark Geld bei sich hatte, wurde angenommen, daß man ihn irgendwo ermordet habe. Diese Nachricht beschäftigte sich, denn einzelne Tage nach dem Verschwinden des Wagner fanden Holzschläger denselben im Daubeler Walde bei Laßan an einem Baum erhängt. Offenbar hatte man es hier mit einem Raubmorde zu thun, da man weder das Geld, noch die Uhr, noch die Hölzer bei ihm vorfand. Wagner war erschlagen, und um den Anschein zu erwecken, als hätte er sich selbst das Leben genommen, hatte man den Leichnam aufgehängt. Die gerichtlichen Untersuchungen nahmen den weitesten Umfang an, Verhörungen wurden aus-

betreten habe. Jener Artikel sei von der italienischen Presse zu sehr gehässigen Kritiken gegen den Hof ausgenutzt worden, habe also unliebsame Folgen für das Vaterland gehabt. Er beantrage den gerichtlichen Dolmetscher der italienischen Sprache zu laden, der die betreffenden Artikel in den italienischen Blättern abersetzen solle. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Richartz wünschte außerdem noch die Vernehmung des Dr. Horwitz als Zeugen darüber, daß Berl sich keiner Fahrlässigkeit schuldig gemacht habe. — Der Gerichtshof gab allen Beweisanträgen nach, beschloß die Ladung aller vorgeschlagenen Zeugen und vertagte die Sache.

Reichsgerichts-Entscheidung, Leipzig, 8. April. (Zimmandra.) Der Kölner Doppelmord, welcher am dem Uhrmacher Stockhausen und dessen Mutter am Abend des 24. Dezember 1883 verübt worden war, beschäftigte heute zum zweiten Male das Reichsgericht. Der Lohnbdiener Tillmann Hans aus Köln, welcher von dem Schwurgerichte in Kachen, wohin die Sache vom Reichsgerichte verwiesen worden war, wiederum wegen vorsätzlicher Tödtung in zwei Fällen am 12. Februar zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt worden war, hatte nochmals Revision eingelegt und in derselben acht prozeßuale Rügen vorgebracht. Dieselben hatten folgenden Inhalt. 1) Der Vorsitzende des Nachener Schwurgerichts hat in Köln persönlich die Entfernungen zwischen den in Frage kommenden Orten ausgemessen, aber ein Protokoll über diese Augencheinnahme sei weder aufgenommen, noch verlesen. 2) Ein Beweisantrag sei mit Unrecht abgelehnt, dahingehend, daß der Einleitungsbericht der Staatsanwaltschaft an die Oberstaatsanwaltschaft in Köln und weiter der Einleitungsbericht der Staatsanwaltschaft an die Oberstaatsanwaltschaft gelegentlich der Ueberführung der Akten an das Reichsgericht verlesen werden möchte. 3) Die Aussagen des (inzwischen verstorbenen) Zeugen Erven seien, obgleich unvollständig, verlesen worden. (Zu bemerken ist hierzu, daß die Aufforderung des ersten Urtheils aus diesem Grunde erfolgte.) 4) Bei einer kommissarischen Vernehmung habe ein Justizwärter als Gerichtsschreiber fungirt; es sei nicht festgestellt, daß der ordnungsmäßige Gerichtsschreiber verhindert war und daß der Justizwärter die Fähigkeit zur Abfassung eines Protokolls gehabt habe. 5) Die Aussagen des Zeugen Widemeyer seien ohne Grund verlesen, denn es sei nicht festgestellt, daß er verhindert war, persönlich in der Hauptverhandlung zu erscheinen. 6) Die Verteidigung sei dadurch beschränkt, daß ein Brief, den ein Kölner Untersuchungsgefängniß an den Verteidiger des Angeklagten nach Kachen geschickt, diesem nicht eingehändigt worden sei. 7) Weiter sei die Verteidigung dadurch beschränkt, daß verschiedene vom Angeklagten vorgeschlagene Zeugen nicht geladen seien. Endlich wurde 8) gerügt, daß das Urtheil ohne Begründung verkündet worden sei. — Der Reichsanwalt beantragte Verwerfung der Revision und das Reichsgericht entsprach sodann diesem Antrage. Die Gründe waren folgende: Zu 1) Eine gerichtliche Beschäftigung lag gar nicht vor. Der Präsident hatte dieselbe nur zu seiner persönlichen Information vorgenommen; einer Protokollirung und Verlesung bedurfte es also nicht. Zu 2) Der Bericht der Staatsanwaltschaft ist mit Recht nicht verlesen, da es sich nur um ein internes Schriftstück handelte, welches vollkommen ungeeignet war als Beweismittel zu dienen. Zu 3) Da Erven verstorben war, so mußten seine Aussagen verlesen werden. Daß sie nicht alle ordnungsgemäß befragt waren, hatten die Geschworenen aus dem verlesenen reichsgerichtlichen Urtheil vernommen, konnten also über den Verstoß dieser Aussagen nicht im Zweifel sein. Zu 4) Der betreffende Justizwärter war vom Präsidenten zu jener Thätigkeit bestimmt und nach den Verhältnissen auch fähig dazu. Zu 5) Es genügt, wenn festgestellt wurde, daß der Zeuge auf unabsehbare Zeit krank und am Erscheinen verhindert war. Zu 6) Die gerügte Thatsache kann nur einem Gefängnißbeamten zur Last fallen. Solche Dinge können aber in der Revision nicht geltend gemacht werden. Zu 7) Die Zeugen waren trotz umfangreicher Ermittlungen nicht aufzufinden. Zu 8) Es genügt, wenn der Spruch der Geschworenen im Urtheil mitgetheilt wurde. Somit wäre denn die Sache, welche soviel Aufsehen erregt hat, endlich erledigt.

Vereine und Versammlungen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. 29 Hamburg) Filiale II Berlin. Montag, den 12. April, Abends 8 Uhr, Versammlung in Sanssouci (oberer Saal) Kottbuserstraße 4a. Tagesordnung: Stichwahl. Verschiedenes.

Generalversammlung der Vergolder und Fachgenossen Montag, den 12. April, Abends 8 1/2 Uhr, bei Seefeld, Grenadierstr. 33. T. D.: 1. Statutenänderung. 2. Verschiedenes. 3. Fragelasten.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Dötker (E. S.) Filiale A. Dienstag, den 13. April, Abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Heise, Wilmbergstraße 21. Tagesordnung: 1. Vierteljährliche Abrechnung. 2. Verschiedenes.

geboren, Beheimpolizisten durchstreifen die Gegend, aber binnen Jahresfrist ließ sich nichts ermitteln, und die Recherchen mußten abgebrochen werden. Jetzt nach sechs Jahren sind die Thäter entdeckt, und zwar auf eine Weise, wie sie wohl nicht so häufig vorkommen dürfte. Gleich nach dem Morde zog ein Fleischer S. nach Sachsen, und da er hier das erhoffte Glück so bald nicht fand, so legte er sich auf Betrügereien und Urkundenfälschungen, die ihn bald ins Gefängniß brachten. Einer seiner Kollegen, ein Fleischer-Geselle, wanderte nach Berlin aus, aber auch diesem war Fortuna nicht hold, und so schrieb er denn in seiner Noth an seinen Freund, er möge ihm umgehend 300 M. von dem Wagner'schen Gelde senden, da er als Reicher den größten Antheil bekommen, widrigenfalls er verschwinden und die ganze Sache dem Gerichte anzeigen werde. Nun saß der Freund in Magdeburg im Gefängniß, der Brief fand ihn aber auch hier auf, wurde natürlich vorerst vom Gericht geöffnet und gelesen, und so kam der ganze grauhäutige Raubmord ans Tageslicht. Der Fleischermeister S. soll bereits ein umfangreiches Gefängniß abgeleitet haben, ebenso der auf telegraphische Ordre sofort verhaftete Geselle; außerdem sind noch zwei andere Personen bei dem Morde theilhaftig gewesen, deren man indessen noch nicht hat habhaft werden können. Auf die gerichtlichen Verhandlungen ist man natürlich sehr gespannt.

Ueber eine aufregende Szene berichtet das „Wurz. Ztbl.“ aus Wurz unterm 6. April: Als der gestern Abend 6 Uhr 10 Minuten von Grohdorfen nach Wurz abfahrende Personenzug sich dem ersten Wärtterhause näherte, wurde in unmittelbarer Nähe des Geleises ein etwa vierjähriges Kind bemerkt. Der Lokomotivführer gab das Bremsignal, und der Feuermann bemühte sich, von der Maschine aus das Kind vom Bahnkörper zu verschleudern. Jedoch, anstatt sich zu entfernen, trat das Kind unmittelbar vor der Maschine in's Gleis und ward zu Boden geworfen. Nachdem der Zug zum Halten gebracht, traf man Anstalten, das aller Wahrscheinlichkeit nach verstümmelte Kind unter den Wagen hervorzuziehen. Doch wer beschrieb die Ueberraschung des Suppersonals, als das Kind, äußerlich unversehrt, unter einem der Wagen hervorgeleitet kam und auf seine in der Nähe stehende Mutter zulief, welche, in der Unterhaltung mit anderen Leuten begriffen, noch keine Kenntniß von der entsetzlichen Gefahr hatte, der ihr Kind in wunderbarer Weise entgangen war.

Arbeiter-Bezirksverein des Westens. Versammlung am Montag, den 12. April, Abends 8 1/2 Uhr, in Grinders Salon, Schwerinstr. 26. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Roy Kreuz über „Export deutscher Fabrikate“. 2. Verschiedenes und Fragelasten. Neue Mitglieder werden aufgenommen, Gaste haben Zutritt.

Verein für Reform der Schule und Erziehung. Montag, Abends 7 1/2 Uhr, Niederwallstraße 20, Generalversammlung.

Generalversammlung der Maurer Berlins und Umgegend heute Vormittag 10 Uhr im Konzerthause Sanssouci, Kottbuserstr. 4a. Tagesordnung: Wie ist unsere gerechte Forderung von 50 Pf. Stundenlohn am besten zu erreichen? Verschiedenes.

Fachverein der Schneider. Montag Abend in den Grätwischen Bierhallen Versammlung mit wichtiger Tagesordnung.

Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse für Frauen und Mädchen Deutschlands (E. S. 26 Offenbach). Heute in Grätwischen Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79, ordentliche Hauptversammlung. Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht. Bericht über die Generalversammlung. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimirt.

Fachverein der Posamentirer und Seidentuchmacher. Versammlung am Montag, den 12. April, Abends 8 1/2 Uhr, im Königsstädtischen Kasino, Holzmarktstraße 72.

Bezirksverein des werththätigen Volkes der Schönhauser Vorstadt. Mittwoch, den 14. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Jacobi, Landbergstr. 82, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Wahl eines Revisors. 3. Vortrag des Herrn Dr. Pütgenau über: „Das Verhältnis des Judenthums zum Antisemitismus.“ 4. Verschiedenes. 5. Fragelasten. Aufnahme neuer Mitglieder. Näheres Inserat in der Dienstagsnummer. Sonntag, den 11. d. M., Abends von 7 1/2 Uhr ab: Gemüthliches Beisammensein in demselben Lokale.

Flugtauben-Klub jeden Montag, Abends 9 Uhr, im Restaurant Preuß, Oranienstr. 51.

Lithierklub „Amphion“. Jeden Montag Abend Uebungskunde im „Kurfürstenteller“, Poststraße 5.

Freie Kranken- und Begräbnis-Kasse der Schuhmacher und Berufsgenossen Berlins (E. S. Nr. 27). Montag, den 12. April, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Feuerstein, Alte Jakobstraße 75, im oberen Saale, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Viertel jährlicher Kassenbericht. 2. Innere Angelegenheiten. 3. Verschiedenes. — Quittungsbuch legitimirt.

Ortskrankenkasse der Korbmacher und verwandten Gewerbe Montag, den 12. April, Abends 8 Uhr, Waldbergstraße 21, Generalversammlung. Tagesordnung: Rechnungslegung.

Verein der Parquetbeger Berlins. Montag, den 12. April, Abends 8 1/2 Uhr, bei Pieper, Mauersfr. 86, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Wahl der Revisoren. 2. Verschiedenes. 3. Fragelasten.

Fachverein der Barbier- und Friseur-Gesellen Berlins. Montag, den 12. d. M., Abends 10 Uhr, in Breuer's Salon, Gr. Frankfurterstr. 74/75, Versammlung. Gaste willkommen.

Große Volksversammlung für Männer und Frauen Montag, den 12. April, Abends 8 Uhr, in Keller's Salon, Andraastr. 21. Tagesordnung: Welche Vorbereitungen bieten den Arbeitern Berlins der Sanitätsverein für Arbeiter beiderlei Geschlechts. Die Frauen sind zu dieser Versammlung ganz besonders eingeladen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. 29 Hamburg). Filiale Berlin IV. Sonntag, den 11. d. M., Vormittags 10 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1) Stichwahl der Delegirten zur Generalversammlung. 2. Verschiedenes.

Freie Vereinigung der Graveure, Ziselreue etc. Montag, den 12. April, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Scham. Tagesordnung: 1. Geschäftliches, Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Freudenthal. 3. Die Einführung des Beschäftigungsnachweises in unserem Gewerbe.

Verein der Modellirer Alterstraße 63, Montag Abends 8 Uhr. Tagesordnung: Vierteljahrsbericht und wichtige Vereinsangelegenheiten. Gaste willkommen.

Fachverein der Maurer für Friedrichshagen und Umgegend. Dienstag, den 13. April, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung in Spitz's Lokal, Frankfurter Allee 193. Tagesordnung: Vortrag des Stadtverordneten Herrn Mitau. — Die Vereinsversammlungen finden jeden Dienstag vor dem 1. und 15. jeden Monats in dem genannten Lokale statt.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer, Berlin 2. Versammlung in Ledrecht's Restaurant, Invalidenstr. 16, am Montag, den 12. April, Abends 8 1/2 Uhr.

Freireligiöse Gemeinde. Montag, den 12. April, Abends 8 1/2 Uhr, Niederwallstraße 20: Beschließende Versammlung, in welcher ein sehr wichtiger Antrag (Errichtung eines Pensionsfonds betr. recht zu Behandlung kommt. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Öffentliche Generalversammlung sämtlicher im Drechslergewerbe beschäftigten Arbeiter. Dienstag, den 13. April, Abends 8 Uhr, in „Sanssouci“, Kottbuserstr. 4a. Tagesordnung: Bericht der Lohnkommission. Auch wird der Rechnungsführerbericht zur Ausgabe gelangen. Außerdem wird das von der Stöberer-Kommission ausgearbeitete Vereinsstatut zur Diskussion gestellt.

Öffentliche Schuhmacher-Versammlung am Montag, den 12. April, Abends 8 1/2 Uhr, in Grätwischen Salon, Brunnenstraße 140. Tagesordnung: 1. „Der Beschäftigungsnachweis.“ 2. Der Streik in Frankfurt a. O. Referenten: Schuhmachermeister und Reichstagsabgeordneter Herr. Der Reichstagsabgeordnete Herr Adamann und der Obermeister Herr Schumann sind zu dieser Versammlung dringlich eingeladen.

Öffentliche Versammlung der Lachner sämtlicher Branchen Berlins und Umgegend am Montag, den 12. April, Abends 8 1/2 Uhr, im Königsstädtischen Konzerthause, Alte Jakobstr. 87. Tagesordnung: 1. Gründung eines Vereins. 2. Wahl einer Kommission zur Ausarbeitung der Statuten. 3. Verschiedenes. Referent D. Krohm.

Große öffentliche Arbeiterinnen-Versammlung Montag, den 12. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im Beddingpark, Müllerstr. 178. Alle Arbeiterinnen, die gewillt sind, für die Verbesserung der Löhne der Frauenarbeit einzutreten, werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Männer haben Zutritt. Näheres die Plakate.

Fachverein der Tischler. Montag Abend 8 1/2 Uhr Versammlung in Säge's Lokal, Grüner Weg 29. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Schramm. 2. Diskussion. 3. Vorschlag eines Beschlusses und eines Protokollführers für den Osten. 4. Ausgabe der halbjährlichen Fragebogen. Gaste sind willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Mitgliedsbuch legitimirt, welches am 1. Osterfesttage in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57, gefeiert wird, sind in allen Versammlungen des Vereins zu haben. Die nächste Vereinsversammlung für den Norden findet am Montag, den 19. d. M., in Rilian's Lokal, Eißackstr. 6, statt. — Sonnabend, den 17. d. M., Generalversammlung in Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28.

Fachverein der Werkzeugmacher Berlins. Sonntag, den 11. d. M., Vormittags 10 Uhr, im Lokal Köndersstraße 168: Generalversammlung. Tagesordnung: Vierteljahrsbericht. Wahl eines zweiten Vorsitzenden und Verschiedenes.

Theater.

Sonntag, den 11. April.
Oberhaus. Kida.
 Montag: Carmen.
Schauspielhaus. Die Räuber.
 Montag: Tili.
Deutsches Theater. Das Urbild des Zar.
 Montag: Graf Ozer.
Waller-Theater. Die Spielfläche, Post in
 5 Bildern von H. Gerstmann.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.
Residenz-Theater. Frau Doctor, Schwant
 in 3 Akten von B. Ferrier u. G. Bocage.
 Vorher: Die Schulleiterin.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.
Welle-Rivance-Theater. Abschiedsvorstellung
 des Herrn Felix Schweighofer mit den Mit-
 gliedern des Friedrich-Wilhelmstädtischen
 Theaters. Zum dritten Male: Scheu vor
 dem Minister, Lustspiel in 1 Akt von
 Sabotta. Krieger im Frieden, Genrebild
 mit Gesang in 1 Akt von Henrion. Zum
 Schluss: Frühere Verhältnisse, Post mit
 Gesang in 1 Akt von Nestrop.
 Montag: Der Bettelstudent.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
 Der Rigeunerbaron, von Joh. Strauß.
 Montag: Unter persönlicher Leitung des Kom-
 ponisten Johann Strauß: Dieselbe Vor-
 stellung.
Walhalla-Theater. Das lachende Berlin.
 Heiteres aus der Berliner Theatergeschichte
 mit Gesang und Tanz in einem Vorspiele
 und 3 Akten von Jakobson und Wilten.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.
Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.
Historia-Theater. Der Müller und sein
 Kind.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.
Louisenstädtisches Theater. Die Gebrüder
 Koffer.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.
Ostend-Theater. Die Loreley, romantisches
 Schauspiel in 5 Aufzügen.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.
American-Theater. Große Spezialitäten-
 Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezial-
 isten-Vorstellung.

Alhambra-Theater.
 Wallmertheaterstraße 15. [1200]
 Heute und die folgenden Tage:
Berliner auf Reisen.
 Gesangs-Vorleser in 3 Akten.
 Vor der Vorstellung:
St. Konzert der Hauskapelle.
 Anfang des Konzerts Montags 7 Uhr, der
 Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Anfang des Konzerts Sonntags 8 Uhr,
 der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Was haben Montags Billigkeit und sind im
 Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

St. Konzert der Hauskapelle.
 Anfang des Konzerts Montags 7 Uhr, der
 Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Anfang des Konzerts Sonntags 8 Uhr,
 der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Was haben Montags Billigkeit und sind im
 Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

St. Konzert der Hauskapelle.
 Anfang des Konzerts Montags 7 Uhr, der
 Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Anfang des Konzerts Sonntags 8 Uhr,
 der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Was haben Montags Billigkeit und sind im
 Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

St. Konzert der Hauskapelle.
 Anfang des Konzerts Montags 7 Uhr, der
 Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Anfang des Konzerts Sonntags 8 Uhr,
 der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Was haben Montags Billigkeit und sind im
 Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

P. Fleischmann, Dresdenerstraße.
 Kräftige Bouillon von 10 Uhr ab, a 15 Pf.
 Mittags (Hausmannsloft) a 50 Pf. mit Bier.
 Abendisch nach Belieben. Billig u. kräftig. [1224]

Neu. Joh. Wolff, Neu. Wasserthorstraße 55. [1288]
 Kräft. Bouill. v. 9 Uhr ab, a 10 Pf. Mittagst. (Haus-
 mannst.) a 40 Pf. m. Bier, Abendt. n. Bel. bill. u. g.
 Neu **G. Sadtke, Admiralstr. 38**
 Kräftige Bouillon von 10 Uhr ab a 15 Pf.
 Mittagstisch (Hausmannsloft) a 50 Pf. mit Bier.
 Abendisch nach Belieben. Billig und kräftig. [939]

Gut-Fabrik von H. Kehr, Skalitzerstraße 109, Köpniker Straße 129, Eingang Adalbertstrasse. [1241]

Roh-Tabak.
 Größte Auswahl sämtlicher in- und ausländischer
 Sorten, sowie guten [1913]
Sumatra-Schnitt
 zu billigsten Preisen
 Brunnenstraße 141/142,
Heinrich Frank.

Das Uhren-Geschäft
 von [1151]
R. Rittershausen,
 Fehrbelliner-Straße 1, Ecke der
 Schönhauser Allee,
 empfiehlt sein wohlfortirtes Lager
 sämtlicher Uhren zu den billigsten
 Preisen. Am den Einkauf
 zu erleichtern, werden auch
 sämtliche Arten Uhren ohne
 jede Preiserhöhung gegen ge-
 ringe Echeilahlungen abgegeben.
Reparaturen
 werden solide und billig ausgeführt.

Regulateure,
 goldene und silberne
Taschen-Uhren
 läuft man am billigsten in der
Uhren-Fabrik
 von
MAX BUSSE,
 157 Invalidenstrasse 157,
 1071] zwischen Brunnen- und Alexanderstr.
 Gründliche Reparaturen an Uhren jeder
 Art, sowie Neuarbeiten unter Garantie!

Roh-Tabak.
 Sämtliche in- und ausländische Tabake offer-
 tieren in Ballen und ausgewogen. 831
Sumatra
 von 110-500 Pf.
 Deutsche Tabake von 50-75 Pf.
Berthold Frank & Co.
 N., Brunnenstr. 7.

Sämtlichen Schulbedarf, sowie größte
 Auswahl in Photographie-Albuns, Ci-
 garen, Cigaretten u. Brieffaschen, Por-
 temonnaies, Musik- u. Schreibmappen,
 Visitenkarten, Briefmarken- und
 Oblaten-Albuns, Ball- u. Gesellschafts-
 Bücher, Gesangbücher, Schulmappen,
 Garderoben- u. Handtaschen, Schreib-
 zeuge, Bürstenläden, Notizbücher, Koch-
 bücher, Spazierstöcke, Lager von Bilder-
 Büchern und Jugendchriften, sowie
 sämtlichen Schul- u. Schreibwaaren,
 Galanterie- u. Bijouteriewaaren, Uhrketten
 f. Herren u. Damen, Broche, Ohrringe,
 Armbänder u. Halsketten, Bilderrahmen,
 Lampenschirme, Ritzel- und Reizeuge,
 Uhrhänder, Rezeptsaire in Leder u. Bläsch,
 ff. Briefpapier m. Monogr. und an-
 deren Verzierungen, Schach, Lotto, Do-
 mino, Damendretier, Tischkasten u. f. w.
 Brillen u. Pinzetten f. jedes Auge pas-
 send, in allen Art. vorrätig, v. 50 Pf. an.
Alb. Schwarzer, Skalitzerstr. 137.
 Anfertigung sämtl. Drucksachen f. den
 kaufm. u. gewerbl. Verkehr. [1184]

Erste Produktiv-Genossenschaft
Berliner Schneider
 (Eingetragene Genossenschaft)
 Berlin S., Kommandantenstr. 61.
Herren-Garderoben jeder Art
 werden nach Maß angefertigt
 Reichhaltige Auswahl nur reeller in- und
 ausländischer Stoffe. Auf Wunsch Muster-
 vorlage im Hause der Kunden. Saubere Arbeit,
 guten Sitz, solideste Preise garantiert [952]
 Der Vorstand.
 Ed. Siebert. A. Krause. J. Güntner.

Preuss. Leihhaus,
 Beuthstr. 14,
 Aktien-Gesellschaft,
beleih [1017]
Waaren aller Art.

H. Konv. Afrika, Meyer's, Brodhau's u.
 Neueste Aufl. **H. Weltgeschichte, Schäffer,**
 Corvin, Duden, Weber und Bilder-Atlas dazu.
Guch der Erfindungen u. Muspraktis techn.
 Chemie. **Prism's ill. Thierleben** u. c., sämtl.
 Literatur, deutsche und ausl. Klassiker liefern
 ohne Anzahlung gep. bequ. Ratenzahl. ohne
 Preiserhöhung. Restl. bel. Nr. abzug. bei
 1261] **F. Schmidt, Admiralstr. 13, II.**

Herren-Garderoben
 Magazin
 Alle Mann zu Fuß.
 148, Moritz-Platz 148.
 Alle Herren-Garderoben
 zu Fuß.
 148, Moritz-Platz 148.
 Alle Herren-Garderoben
 zu Fuß.
 148, Moritz-Platz 148.

Einige Schlafophas,
 neu, gut gearbeitet, habe ich billig zu verkaufen,
Heinr. Kahlen, Tapesirer, [121]
 Spezialgeschäft für Polsterwaaren,
 Potsdamerstr. 20, im Fabriksseitengeb., 2 u. 3 Tr.
Zweien ershien: [1230]
Die Sozialdemokratie
 vor dem Deutschen Reichstage.
 Stenographischer Bericht der Verhandlung
 des Deutschen Reichstages am 19. Februar 1886.
 Zweites Heft.
 Zu beziehen durch die Expedition, Zimmer-
 straße 44.

1. Geschäft: Zimmerstraße Nr. 30.
 Die von Mitgliedern des Fachvereins der Schneider
 gegründete
Produktiv-n. Rohstoffgenossenschaft der Schneider
 zu Berlin (E. G.)
 empfiehlt ihr Lager fertiger Herren-Garderobe, sowie ihr reichhaltiges Lager
 in- und ausländischer Stoffe, ebenfalls Futter, Borte und Knöpfe.
Herren-Garderoben
 jeder Art werden nach Maß angefertigt.
 Der Vorstand und Verwaltungsrath.
 1245

2. Geschäft: Voßringerstr. 51 (Ecke Weinbergsweg).
 Allen Freunden und Bekannten empfehlen wir unser
Cigarren- und Tabak-Geschäft.
 Präsent-Cigarren. Lager von russischen u. türk. Zigaretten. Nordh. Kautabal u. alle Sorten
 Rauchtabake. [1319] **Salmüller & Steinicke, Veteranenstr. 28, Ecke Brunnenstr.**

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich ein
Restaurant Wienerstraße 31
 eröffnet habe und bitte, mich durch geneigten Zuspruch unterstützen zu wollen.
F. Mitani.
 999

Cigarren- und Tabak-Lager
Herrmann Wicht,
 S. O. Naunynstr. 51, nahe dem Oranienplatz. S. O.
 Selbstfabrizirte anerkannt reelle Waare. [1318]

Cigarren- u. Tabak-Handlung
 en gros en détail
Fritz Goercki
 Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere "Linde").
 Import echter Havanna, Lager aller Sorten Rauch- und Schnupf-Tabake
 Reich assortirtes Lager echt türkischer, russischer
 und amerikanischer Cigaretten u. Tabake. Echt Nordhäuser Pantabak. [891]

Freunden und Bekannten empfehle meinen reichhaltigen Frühstückstisch (Sall und warm
 kräftigen, guten Mittagstisch (Suppe, Gemüse, Braten) mit Bier oder Kaffee & Roulade
 60 Pf. (im Abonnement 6 Markten für 3 Mark). **Speisen à la carte** zu jeder Zeit. Jeden
 Abend **Kartoffelpuffer**, à 20 Pf. **Weiß- und Gairischbier**, Seidel 10 Pf. **Moselwein**
 à Glas 20 Pf., **Apfelwein**, à Glas 10 Pf.
Max Kreuz, Restaurant zur Versöhnung,
 Gottbuscherplatz (Alte Linde).

Sielmann & Rosenberg,
 Berlin, Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.
 eröffnen einen großen
Musverkauf 998
 in modernen Kleiderstoffen,
 schwarzen Cachemirs, Frühjahrs-Mänteln, Teppichen, Gardinen u.
 zu sehr billigen Preisen.
Double-Cord, f. dauerhaft, prof. St. f. Haus, Mt. 30 u. 40 Pf.
Fancy-Diagonal, glatt und hübsch klein gemustert Mtr. 35 Pf.
Mohair-Satin, melangirt, solb. Stoff, hübsch. Mtr. 35 Pf.
Beige-Mohair, Sommer-Strahlen-Rostum eine glanzreich griffige Waare, Mtr. 35 Pf.
Fil à Fil, vorzüglich im Gebrauch Mtr. 40 Pf.
Chiné-Royal, in allen hellen und dunklen Far- Mtr. 40 Pf.
Chiné-Naturell, ben, besonders modern u. grau Mtr. 50 Pf.
Samoa-Cachemir, mit Sommerplüsch arrangirt bildet es ein Mtr. 50 Pf.
Crep-Foulé, hübsches Sommerkleid Mtr. 50 Pf.
Nouveauté à Bordure, melirtes Fantase-Gewebe in auf- Mtr. 50 Pf.
Nouveauté Bajadère, fallenden schönen Dessins ein aus Naturwolle (ungefärbt) Mtr. 50 Pf.
Samoan-Cachemir, hergestellt prakt. Sommerstoff, Mtr. 40 Pf.
Crep-Foulé, in allen hellen u. dunklen Mtr. 40 Pf.
Nouveauté à Bordure, ganz reine Wolle, doppeltbreit Mtr. 60 Pf.
Nouveauté Bajadère, 1,20, einfache Breite Mtr. 1,80, Mt. 1 Mk.
Samoan-Cachemir, doppeltbr., Mtr. 1,80, 1,25 und Mtr. 1,25 Mk.
Crep-Foulé, dopd. br., allern. f. Sall. Mtr. 2, 1,80, 1,50 u. Mtr. 3, 1,50 Mk.
Samoan-Cachemir, in all. dentl. Farb. Mtr. 2,50, 2, 1,50 u. Mtr. 1 Mk.
Crep-Foulé, reinw. doppeltbr. Cachemirs f. r. ell. Mt. 1, 1,50, 1,80, 2 u. c.
 1 Posten wollene Morgenröcke 10, 12, 15, 20 Mark.
 Hochelegante Frühjahrs- und Sommer-Mäntel in größter Auswahl
 10, 12, 15 und 20 Mark.
 Proben nach anferhalb gratis und franko.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

87. Sitzung vom 10. April, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes von Boetticher, von Schelling.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. von Schilling (Zentrum): Ich theilte am 10. Februar d. J. dem Hause mit, daß mir von gut unterrichteter Seite, von der ich wiederholt gute und verbürgte Nachrichten erhalten, mitgeteilt worden sei, daß von zwei Berliner Firmen preussische Thaler in der Schweiz und Südfrankreich angefertigt würden. Ich habe dies damals in gutem Glauben an die Richtigkeit der Thatsachen gethan. Inzwischen ist diese Sache Gegenstand einer gerichtlichen Vernehmung geworden, bei welcher die Nennung meines Gewähmannes von mir gefordert wurde. Dies veranlaßte mich, genauere Nachforschungen über die Richtigkeit der behaupteten Thatsachen anzustellen, und dabei bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie sich nicht erweisen lassen. Deshalb muß ich annehmen, daß die Angaben nicht begründet, und daß ich sowohl wie mein Gewährsmann im Irrthum gewesen sind. (Weiterlekt.)

Die zweite Beratung der Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen 1884/85 leitet Referent Meyer (Halle, freil.) ein: Bei dem Etatsjahr 1884/85 ist zum ersten Male der Versuch einer zweijährigen Etatsperiode praktisch so durchgeführt worden, daß man gleich bei Anfang des Etatsjahres das nächstjährige Budget mit vorlegte. Das Resultat ist gewesen, daß die Finanzirung für 1884/85 sich auf einen so komplizierten Apparat stützt, wie er vielleicht noch niemals dagewesen ist. Der Etat mußte durch nicht weniger als 4 Nachtragsetats ergänzt werden, ferner durch 2 besondere Gesetze, in denen einzelne Posten nachträglich bewilligt wurden und endlich kam kurz vor Beginn des Etatsjahres jenes Gesetz, welches zu Truppen-Dissolutionen sehr bedeutende Mittel forderte und die bisherigen Ausgaben zu diesem Zwecke indemittirte. Dieses Etatsjahr stützt sich also auf nicht weniger als 8 selbstständige Gesetze. In demselben Jahre ist auch die Kolonialpolitik angefangen worden und sind für Indienstellung der Schiffe sehr erhebliche Ausgaben aukeretatmäßig geleistet worden. Wir haben uns in der Kommission angelegentlich bemüht, darüber Auskunft zu erhalten, wie weit die Etatsüberschreitungen des Marine-Etats auf die Kolonialpolitik zurückzuführen sind. Es war indessen nicht möglich, zu einem Resultat zu kommen, da sich eine derartige Trennung nicht ausführen ließ. Die Kommission hat diese Auskunft mit Resignation hingenommen und ist nicht im Stande, eine weitere Information zu unterbreiten.

Abg. Ricker (freil.): Wenn ich auch dies Bedauern theile, so will ich doch zugeben, daß nach den von uns in der Kommission gemachten Erfahrungen eine solche Auseinandersetzung in den Kosten zu machen nicht möglich war. Ich möchte hier nochmals auf die bedauerlichen Arbeiter-Entlassungen bei der kaiserlichen Werft in Danzig zurückkommen; meine Hoffnung, dieselben würden nicht weiter fortgesetzt werden, hat sich nach meinen Mittheilungen nicht erfüllt. Diese Entlassungen sind um so bedauerlicher gegenüber dem Umstande, daß während bei anderen Theilen der Marineverwaltung Etatsüberschreitungen vorgekommen sind, gerade beim Werftbetriebe sich Ersparnisse ergeben haben. Ich befinde mich, daß man in Rücksicht auf größere Ausgaben für Indienstellung und Haltung von Schiffen hier auf Ersparnisse gesehen hat. Ich bitte daher nochmals die Marineverwaltung, doch auf die geschäftlichen und Erwerbsverhältnisse Danzigs, die z. B. so trübe sind, wie noch nie, Rücksicht nehmen und möglichst wenig Arbeiter entlassen zu wollen.

Abg. Admiralitätsrath Vogel: Die Marineverwaltung geht bei den Arbeiterentlassungen mit größtmöglicher Schonung vor, die Zahl der Arbeiter ist aber stets durch die vorhandene Arbeit bedingt und mehr als nötig können unmöglich gehalten werden. Die Verwaltung läme sonst in die sonderbare Lage, daß nach Beschäftigung für die Arbeiter mühsam gesucht werden müßte. Es ist durchaus unrichtig, daß bei der Werftverwaltung Ersparnisse in der Absicht gemacht werden, um andere Verwaltungen zu entlasten. Es ist dies ganz unmöglich, denn die Indienstellung bezw. Haltung von Schiffen hat mit dem Werftbetrieb keinerlei Verbindung. Höchstens könnte man von einer solchen in der Art sprechen, daß je größer die Indienstellung und -Stellung von Schiffen ist, auch desto höher die nötige Arbeitsleistung auf den Werften sein wird, so daß eher ein umgekehrtes Verhältnis stattfindet, als Herr Ricker vermuthet.

Abg. Ricker (freil.): An ein Virement der betreffenden Etatspositionen habe ich gar nicht gedacht, sondern nur ge-

meint, es würden vielleicht die Dispositionen bei der Etats-aufstellung von Anfang an derartig getroffen, daß man dort Ersparnisse eintreten lasse in Rücksicht auf größere Indienstellung von Schiffen. Daß die Arbeit größer sein müsse, je größer die Indienstellung, ist leider nur scheinbar richtig; thatsächlich ist es gerade umgekehrt gewesen. Früher hat die Marineverwaltung beim Werftbetriebe über den Bedarf Arbeiter angestellt, diese mußte sie nachher natürlich entlassen. Da der Herr Kommissar von den Arbeiterentlassungen nicht unterrichtet scheint, so muß ich, auf die Gefahr einer Berichtigung, die mir gemachten Angaben mittheilen. Vor 14 Tagen ist wieder 60 Arbeitern gekündigt worden, solchen, die 10 bis 18 Jahre auf der Werft arbeiten und über 50 Jahre alt sind, einige über Mitte der fünfziger und einige sogar, die in der kaiserlichen Werft sich Verletzungen zugezogen haben. Ich weiß ja, daß die Fonds nicht dazu da sind, Arbeiter zu unterhalten, aber es liegt doch eine Art moralischer Verantwortung vor, wenn die Verwaltung früher bei der Einstellung von Arbeitern über den Etat hinausgegangen ist die Leute nicht den eigenen Fehler so hart büßen zu lassen. Wenn die Entlassungen notwendig sind, so wären sie zu anderer Zeit bei weniger traurigen Erwerbsverhältnissen weniger fühlbar.

Abg. Admiralitätsrath Vogel: Auch die Ansicht ist irrig, daß die Werftfonds mit Rücksicht darauf bemessen würden, ob besonders hohe Forderungen bei dem Indienstellungsfonds gemacht werden müssen. Ebenso ist es nicht richtig, daß es ein Fehler der Verwaltung sei, mehr Arbeiter als nötig wären, angenommen zu haben.

Vorbehaltlich der späteren Rechnungslegung werden die außeretatmäßigen Ausgaben und die Etatsüberschreitungen genehmigt; desgleichen in dritter Beratung die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt für 1881/82, sowie die der Rasse der Oberrechnungskammer 1883/84.

Es folgt die dritte Beratung des B. G., betreffend die Rechtspflege in den deutschen Schutzzugebieten, dessen § 1 in der Fassung der Kommission lautet: „Die Schutzwalt in den deutschen Schutzzugebieten übt der Kaiser im Namen des Reiches aus.“ (In der Vorlage: „Die Ausübung der Gerichtsbarkeit in den deutschen Schutzzugebieten, sowie die Mitwirkung der deutschen Behörden bei der Ausübung dieser Gerichtsbarkeit u. s. w. werden durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths geregelt.“)

Staatssekretär v. Schelling: Da der Bundesrath erst nach der beendigten Beratung des Reichstages zu den Beschlüssen desselben formell Stellung zu nehmen hat, so würde ich an sich nicht veranlaßt sein, heute das Wort zu ergreifen. Die verbündeten Regierungen glauben aber Anschauungen gegenüber, welche in der zweiten Lesung aus der Mitte des Hauses zu Tage getreten sind, den Standpunkt wahren zu sollen, welcher für sie nach der Verfassung maßgebend ist. Träger der Souveränitätsrechte im Reich sind die verbündeten Regierungen; sie haben daher auch an den Schutzzugebieten des Reichs die aus der Souveränität fließenden Rechte erworben und der Bundesrath als das kollektive Organ der sämtlichen deutschen Souveräne und freien Städte ist berufen, für die Schutzzugebiete nicht bloß bei der Gesetzgebung mitzuwirken, sondern auch die sonstigen bei den verbündeten Regierungen ruhenden Hoheitsrechte wahrzunehmen. Mit dieser Auffassung der rechtlichen Stellung des Bundesraths steht es aber nicht im Widerspruch, wenn aus Gründen praktischer Zweckmäßigkeit und insbesondere im Hinblick auf die wechselnden Bedürfnisse der Verwaltung in den noch unentwickelten überseeischen Gebieten die Ausübung einer dieser Verhältnisse entsprechenden Schutzwalt dem Kaiser als dem erblichen Vertreter der Gesamtheit der verbündeten Regierungen übertragen wird, wie solches § 1 der Beschlüsse zweiter Lesung vorsieht. In diesem Standpunkt festhaltend, wird der Bundesrath sich nicht betreten lassen, bei seiner demnächstigen Beschlussfassung lediglich die Anforderungen des sachlichen Bedürfnisses als bestimmend anzuerkennen. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Nach dieser Erklärung bin ich doch der Meinung, daß diesen Grundbegriffen entsprechend auch das Gesetz zu revidiren wäre. Der § 1, wie er dasteht, ist offenbar mit diesen Grundbegriffen nicht im Einklange, denn in demselben steht nicht, daß dem Kaiser die Sache übertragen wird, sondern er wird gesetzlich dazu hingestellt. Wäre es im Auftrage der verbündeten Regierungen, so würde es selbstverständlich diesen zu jeder Zeit frei stehen, von dieser Uebertragung zurückzutreten. Das steht in dem Gesetze nicht, und, so wie ich den § 1 als mit den Anschauungen des Bundesraths und dessen Deklaration im Widerspruch stehend, erkenne, werde ich gegen denselben stimmen.

wir — irgendwo gelesen haben. Schadet nichts, Reichthum ist keine Schande, und Armut macht nicht immer glücklich; wer's nicht glaubt, frage bei Herrn v. Hammerstein an, er ist in solchen Fragen kompetent.

Der Reichstag geht, bis in die Mitte des Monnemonds hat er sich verlagert, — viel Geschrei, wenig Wille. Wir kennen die Geschichte einer Frau, die sich beim Tode ihres Mannes seine Spigen an ihren Unterrock nähte, weil sie am Grabe doch „anstandshalber“ in Ohnmacht fallen mußte. In Ohnmacht wird nun wahrscheinlich Niemand so leicht fallen, aber es kann Einem schlecht werden, wenn man heute am Grabe unserer todtten Hoffnungen steht. Viele der Reichstagsmitglieder hatten sich zwar keine Spigen an ihre Unterleider genäht, dagegen hüllten sie sich in ein Mäntelchen, welches ihre Ohnmacht ebenfalls recht malerisch drapirte.

Doch, wann ich komm', wann ich komm', wann ich wiederum komm' —, so löst es heute verheißungsvoll und verlockend, nur schade, daß kein Mensch mehr daran glaubt, und wenn wir wieder wählen, kommt der Tag der Revanche. Vielleicht sieht man dann Manchen, der nicht da ist.

Inzwischen mehren sich in Berlin die Kontrolloersammlungen und die Schulprüfungen.

Bei den ersteren heißt es: Man zählt die Häupter seiner Lieben — bei den Anderen: Jetzt brauche ich nur noch Eisen heraufzukommen, dann bin ich der Vorleser.

Auch unter unseren Schritten dröhnte einst der Kaiserhof und mit Grauen und Schreden denken wir heute noch an unseren Hintermann, dem die Pichelhaube jedes menschliche Gefühl geraubt zu haben schien, denn er trat permanent auf unsere Abfäße. Vom Selbentode hätte er aber wahrscheinlich Niemanden errettet. Vor letzterem hüteten wir uns gar gewissenhaft und mit heiler Lorbeerhaut lehrten wir zum häuslichen Dintensaß zurück. Heute schreden

Abg. Hanel: Die Konsequenz, welche Herr Windthorst soeben gezogen hat, kann ich in keiner Weise anerkennen. Selbst für den Fall, daß man die Theorie, welche uns vorge-tragen ist von Seite des Bundesraths, billigt, selbst von diesem Standpunkte aus würde man doch ohne Weiteres zu einem Gesetze des Inhalts, wie es uns vorliegt, in vollkommen verfassungsmäßiger Weise kommen. Denn wenn der Bundesrath die Zustimmung giebt, event. in in den Formen einer Verfassungsänderung, so kann doch nicht der mindeste Zweifel darüber bestehen, daß die Gesetzgebung eine Uebertragung bestimmter Befugnisse an den Kaiser vornehmen kann. Hierfür haben wir einen durchschlagenden Präzedenzfall in der Regelung der Verhältnisse von Elsas Lothringen. Ich sage also, selbst wenn die uns vorge-tragene Anschauung des Bundesraths wirklich zutrifft, kann der Bundesrath aus Bedürfnissen der praktischen Politik den Gesetzentwurf annehmen, wie er hier vorliegt und er wird sich dadurch in keiner Weise präjudiciren. Was die Auffassung des Bundesraths selbst betrifft, so will ich gegen dieselbe nicht polemischen. Ich will nur sagen, daß die Auslassung so unbedeutend, so wiederholtig war, daß ich derselben unter einer gewissen Interpretation zustimmen kann. Aber es giebt allerdings auch Interpretationen der uns eben vorgelegenen Worte, gegen welche ich individuell von meinem Standpunkte aus entschieden Widerspruch erheben würde. Wenn der Bundesrath sagt, daß die Souveränität im Deutschen Reiche den verbündeten Regierungen zusteht, so kommt es darauf an, in welcher Form den verbündeten Regierungen diese Souveränität zugesprochen wird. Wenn gesagt sein soll, daß die verbündeten Regierungen identisch sind mit dem Bundesrath, dann sage ich: Nein! Es ist nach Raßgabe der Verfassung nicht der Fall, daß dem Bundesrath schlechthin die Souveränität zusteht. Wenn aber darunter verstanden werden soll, daß die verbündeten Regierungen repräsentirt werden durch den Bundesrath und Kaiser, dann gebe ich der Deklaration des Bundesraths vollkommen Recht. Nach unserer Verfassung ist es nicht richtig, dem einen Organ der verbündeten Regierungen, dem Bundesrath, die Gesamtheit der Souveränitätsrechte zuzusprechen. Vielmehr giebt es nach unserer Verfassung auch Souveränitätsrechte, die dem Kaiser als solchen ohne jede Abstraktion vom Bundesrath zustehen. In diesem Sinne ist die Souveränität im Deutschen Reich verfassungsmäßig eine getheilte zwischen dem Kaiser und dem Bundesrath. Wenn man also die verbündeten Regierungen ohne Weiteres hier als Souverän hin-stellt, so kann ich das nur in dem zuletzt von mir präzisirten Sinne anerkennen. Ich betone das auch in einer rein akademischen Deduktion, weil ich sehr wohl weiß, daß selbst solche akademischen Deduktionen unter Umständen praktische Konsequenzen haben die ich dann nicht anerkennen könnte, wenn die Deduktion nicht so gemacht wird, wie ich sie gemacht habe. Das lediglich zur Verwahrung. Ich bemerke ausdrücklich, von irgend einem praktischen Belang ist in diesem Augenblicke die Sache nicht.

Abg. Windthorst: Ich muß die Auffassung des Vertreters des Bundesraths für absolut zutreffend erachten. Es ist kein Zweifel, daß die Souveränität bei den verbündeten Fürsten steht; Organ derselben ist der Bundesrath. Der Vorgang ist von eminent praktischer Bedeutung und Folgen, da sich das Organ der verbündeten Fürsten so korrekt gestellt hat. Ich meine nur: sind die Grundzüge richtig, so darf nicht so wie hier verfahren werden; es wird hier nummehr gesetzlich fest-gesetzt nicht ein Auftrag, sondern eine neue Bestimmung des Bundespräsidii, es wird ihm gesetzlich ein Inhalt gegeben den er bisher nicht hatte. Nun sagt Herr Hanel, es sei dies zulässig, weil man ja Verfassungsänderungen vornehmen könne. Thut man das aber, dann müssen die Bundesfürsten sich ver-gewärtigen, daß sie einen Theil ihrer Souveränität gesetzlich dem Kaiser übertragen. Wollen Sie dies nicht, sondern einen unter Umständen zurücknehmbaren Auftrag gewähren, so würde dafür Fürsorge zu treffen sein. Ich meine, daß dann keine Bundesregierung hier zustimmen könnte. Solche Erklärungen schämen später nicht, das Gesetz bestimmt und die Fürsten sind eines Theils ihrer Souveränität ledig.

Abg. Meyer (Jena): Ich möchte nur konstatiren, daß es der Kommission absolut fern lag, die föderative Grundlage der Reichsverfassung irgendwie zu berühren. Sie hat sich lediglich auf den Standpunkt der Zweckmäßigkeit gestellt.

Abg. v. Raigahn-Gilly: Die Darlegungen des Staatssekretärs über die Souveränität sind nur in formeller Beziehung von einer Seite bemängelt worden; ich halte sie für vollkommen zutreffend. Dem Abg. Windthorst kann ich nicht zugeben, daß § 1 der Beschlüsse zweiter Lesung mit der bestehenden Verfassung nicht kongruire. In Art. 11 der Ver-

fassung sind die Kontrolloersammlungen nicht mehr, nur selten kommt uns eine böse Erinnerung, wie ein längst verschwundenes, mißglücktes Feuiletou.

Das gehört zu den Prüfungen; dieselben bleiben bekanntlich Niemandem erspart und am schlimmsten ist die Jugend daran. Als Kind gehört man hellen, rosigen Träumen an, — bis man der Schule ausgeliefert wird. Denn nicht ein Jeder so, der in dem hoffnungsvollen und erpahrungreichen Alter von fünf bis sieben Jahren steht? Urplötzlich wird zwischen die glänzenden Kinderaugen und die lachende Natur eine häßliche Schiefertafel eingeschoben, und dieser Moment bildet den Anfang einer Kette von Leiden, die mit den zunehmenden Examen sich steigern. Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen, der Weg zur Bildung mit langweiligen Büchern gepflastert, und mancher Postenboden wird auf den harten Schulbänken gerade nicht zur Freude der sorglosen Hausfrau zersehert, bevor man zum Pöfel des Examen aufsteigt, nach welchem dem Jüngling bekanntlich die ganze Welt offen steht. Die Welt steht übrigens auch dem offen, der nie ein Examen abgelegt hat, und gerade diesem mehr als ihm lieb ist. Die Schulprüfungen, von denen in letzter Zeit ziemlich häufig die Rede war, sollen abgeschafft werden, zunächst allerdings nur für „höhere Töchter.“ Merkwürdig, eine „höhere Tochter“ muß doch ein ganz anderes Wesen sein als eine „mittlere“ oder gar „gewöhnliche“, denn als beiden letzteren Kategorien leiden unter den öffentlichen Schaustellungen garnicht. So wenigstens versichern weise Schulmänner, und wir mit unserem demokratischen Ektypismus haben durchaus kein Recht, an dem Urtheil dieser erleuchteten Sachverständigen zu zweifeln. Wir waren bisher der allerdings ganz unmaßgeblichen Meinung, daß der Unterschied zwischen den verschiedenen Töchtern nur in der mehr oder weniger kostbaren Kleidung besteht. Doch, wir können auch irren, obgleich wir es vorläufig nicht glauben.

fassung heißt es: „Der Kaiser hat das Reich völlerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Krieg zu erklären und Frieden zu schließen u. s. w. Im § 1 des vorliegenden Gesetzes heißt es: Die Schutzwalt über den Namen des Reichs aus.“ Es besteht also sachlich zwischen beiden Bestimmungen kein innerer Unterschied.

Abg. Windthorst: Art. 11 der Verfassung enthält ein festes Recht des Kaisers, an welchem nichts geändert werden soll. Hier aber wird eine neue Befugnis des Bundespräsidenten geschaffen, von welcher die Verfassung nichts weiß. Jedenfalls ist die Sache noch nicht klar, und ich beantrage deshalb die Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission.

Der Antrag wird abgelehnt und der Entwurf definitiv nach den Beschlüssen der zweiten Lesung genehmigt.

Die Petition der Johanna Ohmels und Genossinnen zu Frankfurt a. M., betreffend die Ausdehnung des in dem Kongo-Staate bestehenden Verbots der Sklaverei oder d. H. g. auf die deutschen Schutzgebiete, wird damit für erledigt erachtet.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Ungeschicklichkeit der Pfändung von Eisenbahnfahrtriebmitteln.

Staatssekretär von Boetticher: Der Abg. Schrader hat gestern ausweilich der mir vorliegenden „Oldenburger Korrespondenz“ gesagt: „Man hat es nicht einmal für nötig gehalten, einen Bericht des Reichseisenbahnamtes einzulegen, dessen Vertreter im Bundesrat auch gar nicht an den Verhandlungen der Kommission Theil nahm, so wenig wie er heute im Hause ist, ein Beweis, daß es mit diesem Amte so ziemlich zu Ende ist. Man verzichtet auf eine Mitwirkung auch da, wo er an erster Stelle dazu berufen ist, und er scheint auch selbst auf seine Theilnahme an der Arbeit keinen Werth zu legen.“ Es ist nicht richtig, daß der Vorsitzende des Reichseisenbahnamtes nicht an der Beratung des Gesetzentwurfs theilgenommen sei. Er hat im Bundesrat an der Beratung desselben theilgenommen und dort alle die Argumente geltend gemacht, welche vom Standpunkte seines Ressorts geltend zu machen waren. Er würde auch an den Verhandlungen der Kommission beziehungsweise dieses Hauses theilgenommen haben, wenn sich irgend ein Bedürfnis dazu herausgestellt hätte. Daß der eisenbahntechnische Standpunkt nicht der vorwiegende bei diesem Gesetzentwurf ist, entnehmen Sie schon daraus, daß der Entwurf vom Bundesrat garnicht dem Eisenbahnausschuß zur Vorberatung überwiesen worden ist. An dieser Vorberatung hat nur der Verkehrs-Ausschuß und der Justiz-Ausschuß theilgenommen. Aber selbst wenn der Vorsitzende des Reichseisenbahnamtes garnicht an dem Entwurf theilgenommen wäre, so würde die Schlussfolgerung nicht begründet sein, daß es mit diesem Amte nun zu Ende sei, daß man auf seine Mitwirkung verzichte, auch da, wo es an erster Stelle zur Mitwirkung berufen ist und daß auch der Vorsitzende selbst auf seine Theilnahme an den Verhandlungen gar keinen Werth zu legen scheine. Ich halte diese lächerliche Argumentation für eine unberechtigte.

Abg. Schrader: Ich konstatiere, daß von einer Mitwirkung des Reichseisenbahnamtes in der uns gemachten Vorlage keine Rede gewesen ist. Auffallend ist auch, daß der Vertreter der bayerischen Regierung gerade von einem wesentlichen eisenbahntechnischen Gesichtspunkte aus dieses Gesetz befürwortet hat, während der Herr Staatssekretär jetzt erklärt, daß die ganz besonderen Rücksichten auf das Verkehrsinteresse maßgebend gewesen seien.

Ohne weitere Diskussion wird der Entwurf definitiv genehmigt, desgleichen auch die Resolution: „den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage in der nächsten Session den Entwurf eines Gesetzes über das Pfandrecht an Eisenbahnen und die Zwangsvollstreckung in dieselben vorzulegen.“

Der Gesetzentwurf, betreffend den Anspruch des Statthalters in Uaag-Vorbringen auf Gewährung von Pension und Wartegeld, wird in dritter Beratung unverändert angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des vom Grafen von Nolke eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Militärpensionsgesetzes vom 17. Juni 1871.

Abg. Windthorst trägt kein Bedenken, dem Gesetze zuzustimmen, nachdem dem Abgeordnetenhaus ein Gesetz über die Kommunalbesteuerung der Offiziere vorgelegt worden ist. Daß das vorliegende Gesetz keine absolute, sondern nur beschränkt rückwirkende Kraft habe, bedauere er sehr, doch enthalte er sich, einen Antrag zu stellen.

Der Gesetzentwurf wird unverändert nach den Beschlüssen zweiter Lesung endgültig angenommen.

Das Haus geht über zur dritten Beratung des Antrages Russfeld, betreffend die Abänderung des Polltarifs von 1885.

Abg. Meyer (Halle): Der Herr Schatzsekretär hat sich in der zweiten Lesung auf einen Bericht der Mannheimer Handelskammer dafür berufen, daß dieselbe der durch den Bundesrat in Betreff der Verzollung der Petroleumfässer getroffenen Anordnung zustimme. Die Handelskammer hat nun nachträglich an das Reichspräsidentium ein Schreiben gerichtet, worin sie diese Neuerung richtig stellt und noch hinzusetzt, daß, wenn auch für die ersten Monate nach Erlaß der qu. Anordnung die neue Einrichtung für die Geschäftswelt nicht so drückend gewesen sei, sie in der Folgezeit doch eine sehr nachtheilige Wirkung der Verzollung bereits verspürt habe.

Kommissar Geh. Rath Kraut: Es ist eine Inkongruenz, die Frage, ob die Umbüllung selbstständig zu vollziehen oder als Accessorium bei der Verzollung zu behandeln sei, für einen einzelnen Gegenstand durch Gesetz zu regeln und für alle übrigen im Verwaltungswege zu entscheiden. In diesem Fall liegt ein Bedürfnis zur gesetzlichen Regelung um so weniger vor, als sich der Petroleumhandel an die Verzollung der Fässer bereits gewöhnt hat.

Abg. Meyer (Zena, nationallib.): Mannheim ist der Hauptabnehmer für Petroleum und das Notum der dortigen Handelskammer mußte daher sehr ins Gewicht fallen. Wir erfahren jetzt, daß sie sich keineswegs mit der Maßregel des Bundesrats einverstanden erklärt hat, wie man nach den Worten des Schatzsekretärs annehmen mußte. Ich habe selbst aus Süddeutschland, so aus Stuttgart, Zuschriften bekommen, worin man sich in Uebereinstimmung mit Berlin und Hamburg gegen die Verordnung des Bundesrats ausspricht.

Abg. Boermann: Auch die Mannheimer Handelskammer ist davon überzeugt, daß die vom Bundesrat getroffene Maßregel der Extraverzollung der Fässer beim Petroleum dem Handel außerordentlich nachtheilig wird. In den ersten Monaten traten die Missethäter allerdings nicht so deutlich hervor, wohl aber in neuerer Zeit, in den letzten Monaten. Der inländische Händler bezog das Petroleum aus den Seehäfen Hamburg oder Stettin und mußte es natürlich im Faß kaufen; dabei bekam er ein Zertifikat, das den Inhaber ermächtigt, den auf die Fässer bezahlten Zoll 1,45 M. zurückzuerhalten. In Folge davon hat sich ein großer Handel in diesen Zertifikaten entwickelt, deren tatsächlicher Werth von 1,45 auf 0,95 M. gefallen ist, es entsteht daraus ein Verlust von 0,50 M., der natürlich auf den Preis des Petroleums einwirkt. Ich habe hier einen Brief eines Kaufmanns aus Halle, der nach Hamburg schreibt: „Herr N. N. kaufte mit dem Bemerkten, daß, wenn der Faßzoll noch bestehen sollte, Sie ihm dann das Petroleumfaß zollfrei gegen einen Aufschlag von 25 Pf. pro Zentner liefern und bitte ich Sie, dies im Anschluß mit zu bemerken.“ Eine andere Adresse eines Inländers an einen Hamburger Petroleumhändler lautet: „so und so viel Fässer

Doppelzentner Petroleum zu 7,15 M. incl. Faßzoll per August, September, Oktober zu liefern. Sollte jedoch der Faßzoll bis zur Empfangszeit des Petroleums wegfallen, so müssen Sie auch das Petroleum um 20 Pf. pro Zentner billiger rechnen.“ Es geht klar daraus hervor, daß dieser Faßzoll nur dazu dienen soll, das Petroleum selbst zu verteuern; denn thatsächlich können auch die Fässer nicht alle exportirt werden. In der ersten konnten auch Fässer, die von früherer Zeit her zur Verfügung standen, exportirt werden, da die Zertifikate nicht für bestimmte Fässer, sondern überhaupt für Petroleumfässer galten. Daher bedienten diese Zertifikate in der ersten Zeit ihren vollen Werth. Nachher hat sich das Angebot der Zertifikate wesentlich größer herausgestellt, als die Anzahl der Fässer, die zur Verfügung standen, und in Folge dessen ist ein Preisrückgang eingetreten von 1 M. 45 Pf. auf 95 Pf. Sie sehen aus den Briefen, die ich verlesen habe, daß man allseitig meint, die Verordnung des Bundesrats werde wieder aufgehoben werden. Das ist der einzige Grund, weshalb Zertifikate noch so hoch bezahlt werden. Würden die inländischen Händler sicher sein, daß diese Maßregel nicht aufgehoben würde, so würde der Werth der Zertifikate immer weiter heruntergehen und das Petroleum sich im Preise erhöhen. Da dies in keiner Weise beabsichtigt ist, sollten wir jedenfalls bei unserem früheren Beschlusse beharren. Ich möchte dann noch ein Wort sagen in Betreff der Koalition von Exporteuren, welche die Fässer kaufen. Dieselbe hat früher nicht so bestehen können wie jetzt, weil nur wenige Firmen in der Lage sind, diese Fässer wieder auszuführen zu können. Jetzt wird dieser Exportartikel monopolisiert von einzelnen großen Häusern in Stettin und Hamburg. Ich glaube daher nicht, daß es an sich richtig ist, daß ein Handel mit Petroleum an Faßzoll-Zertifikaten stattfindet. Es ist an sich kein Gegenstand, der sich zum Handelsverkehr eignet. An all den Thatsachen aber sollen Sie sich von der Schädlichkeit der getroffenen Maßregel überzeugen, und ich bitte Sie daher, den Beschluß zweiter Lesung zu bestätigen. (Beifall links.)

Der Gesetzentwurf wird hierauf unverändert nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Von den Abg. Singer und Gen. ist im Laufe der Sitzung folgender Dringlichkeitsantrag eingebracht worden: Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß das gegen den Abg. Biered wegen Beleidigung bei dem königlichen Landgericht München I anhängige Strafverfahren für die Dauer der gegenwärtigen Sitzungsperiode eingestellt werde.

Der Antragsteller fügt hinzu, daß der Abg. Biered wegen eines Artikels im „Deutschen Wochenblatt“, welcher die Frankfurter Kirchhofskirche bespottet und durch den sich das Frankfurter Polizeipräsidium beleidigt gefühlt hat, unter Anklage gestellt sei. Es sei bisher die Prozeß des Reichstages gewesen, wegen Verstoßes gegen die Einseitigkeit des Strafverfahrens zu fordern, und er bitte auch in diesem Falle, so zu verfahren.

Das Haus beschließt dem Antrage entsprechend.

Hierauf macht Präsident v. Wedell-Piesdorf folgende Mittheilung: Von Seiten des Stellvertreters des Herrn Reichskanzlers ist mir die Mittheilung geworden, daß es in der Absicht liege, dem Reichstag noch Gesetzentwürfe, betr. die Befreiung des Branntweins und des Zuckers zugehen zu lassen, daß diese Gesetzentwürfe aber noch nicht fertig gestellt seien, sondern dem Reichstage voraussichtlich erst gegen Mitte des nächsten Monats hier zugehen würden. Unter diesen Umständen ist es selbstverständlich ausgeschlossen, vor dem Oeserthe unsere Beratungen zu Ende zu führen. Ich möchte Ihnen deshalb vorschlagen, schon heute eine längere Pause in unseren Sitzungen einzutreten zu lassen. Dagen erhebt sich kein Widerspruch. Ich beraume die nächste Sitzung an auf Montag, den 17. Mai, Nachmittags 2 Uhr, mit der Tagesordnung: Dritte Beratung der Uebersicht der Reichsausgaben und Einnahmen für 1884/85 und Petitionen.

Schluß 1 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Montag, den 17. Mai, 2 Uhr.

Parlamentarisches.

— Das ganze Resultat der langen Beratungen der Arbeiterkommission des Reichstages über die Frauen- und Kinderarbeit ist nach der von der Kommission zugegangenen Zusammenstellung das folgende: I. In Betreff der Kinderarbeit sollen die Bestimmungen der Gewerbeordnung lauten: § 106a. Kinder unter 12 Jahren dürfen gegen Lohn nicht beschäftigt werden. § 106b. Kinder unter 14 Jahren dürfen in Fabriken nicht beschäftigt werden. II. In Betreff der Frauenarbeit: § 136. Arbeiterinnen, welche ein Hauswesen zu besorgen haben, dürfen in Fabriken nicht länger als 9 Stunden täglich beschäftigt werden. Im Falle besonderer Bedürftigkeit kann die Ortsbehörde für einzelne Arbeiterinnen Ausnahmen gestatten. § 136a. In Fabriken dürfen Arbeiterinnen an Sonn- und Festtagen, desgleichen in der Nachtzeit von 8 1/2 Uhr Abends bis 5 1/2 Uhr Morgens nicht beschäftigt werden. Arbeiterinnen in Fabriken sind am Sonnabend um 5 Uhr Nachmittags aus der Fabrik zu entlassen. III. Wird folgende Resolution beantragt: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, thunlichst bald dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Beschäftigung von Kindern im Gewerbe außerhalb der Fabriken unter der nöthigen Rücksichtnahme auf die körperliche, sittliche und intellektuelle Entwicklung der Kinder geregelt wird.“

Lokales.

Die Anstellung von zwei neuen gerichtlichen Psychikern in Berlin wird in den Erläuterungen zum Nachtrags-Etat wie folgt begründet: „Die Nothwendigkeit der Vermehrung der Zahl der gerichtlichen Psychiker in Berlin hat sich aus der Zunahme der Bevölkerung der Stadt ergeben, welche sich seit dem Jahre 1865, wo statt des einen bis dahin vorhandenen gerichtlichen Psychikers deren zwei angestellt werden mußten, mehr als verdoppelt hat. Die sich hieraus entwickelnde Vermehrung der Dienstgeschäfte der Psychiker hat zu einer Ueberbürdung derselben geführt, welche in einer je länger desto mehr hervortretenden Weise die Art der Erledigung der Geschäfte nachtheilig beeinflusst. Insbesondere müssen bei lange dauernden gerichtlichen Verhandlungen in Kriminalproessen beide Psychiker oft dauern zugewiesen und werden selbst Tage lang an der Erledigung ihrer übrigen Geschäfte behindert. Es ist dies in neuerer Zeit wiederum in dem Maße steigend zu Tage getreten, daß eine allbaldige Abhilfe dringend geboten erscheint. Hierzu kommt, daß der eine der beiden gerichtlichen Psychiker mit dem 1. April d. J. aus dem Amte scheidet und damit für eine neue Ordnung der Verhältnisse des gerichtlichen Psychikats in Berlin sich gerade jetzt der geeignetste Zeitpunkt darbietet.“

Die den Verkehr in den Markthallen regelnde Polizeiverordnung, aus der wir bereits einige wesentliche Punkte mitgetheilt haben, ist nunmehr im „Reichs-Anzeiger“ amtlich publizirt. Wir entnehmen derselben die folgenden hauptsächlichsten Bestimmungen: „Die Markthallen sind täglich geöffnet und zwar a. die Central-Markthalle in der Neuen Friedr.straße für die Eindringung von Marktgut in die Glände und für den Engroßhandel im Winter wie im Sommer von 1 Uhr Nachts ab. Für den Detailhandel im Winter von 7 Uhr Morgens ab, im Sommer von 6 Uhr Morgens ab. b. Die übrigen Markthallen für den Engroßhandel von 4 Uhr Morgens im Sommer, von 5 Uhr Morgens im Winter, für den Detailhandel von 6 Uhr Morgens im Sommer, von 7 Uhr

Morgens im Winter. Für den Verkehr des Publikums werden geschlossen: sämtliche Markthallen zu jeder Jahreszeit Mittags 1 Uhr. An den Wochentagen werden dieselben Nachmittags 4 Uhr wieder eröffnet und bleiben dann zu jeder Tageszeit bis 8 Uhr Abends geöffnet. An Sonn- und Festtagen schließt der Verkehr an allen Markthallen pünktlich um 9 Uhr Vormittags. Die verschiedenen Eröffnungszeiten des Markterkehrs in den Markthallen werden durch Aufziehen einer Fahne und durch Glodenzeichen signalisirt. Der Schluß erfolgt durch Herablassen der Fahne und Gloden Zeichen. Jeder Gewerbebetrieb im Umhergehen (mit alleiniger Ausnahme des Verkaufs gelochter Kaffees) in den Markthallen ist verboten. Gegenstände des Markterkehrs sind: 1) Roh-Naturerzeugnisse mit Ausschluß des größeren Viehes; 2) Fabrikate, deren Erzeugung mit der Land- und Forstwirtschaft, dem Garten- und Obstabau und der Fischerei in unmittelbarer Verbindung steht, oder zu den Nebenebeschäftigungen der Handleute der Gegend gehört oder durch Tagelöhnerarbeit bewirkt wird, mit Ausschluß der geistigen Getränke; 3) frische Lebensmittel aller Art. Der zuständigen Verwaltungsbehörde bleibt es vorbehalten, auf Antrag der Gemeindegewerbebehörde noch andere als die vorgenannten Gegenstände zum Markterkehr in den Markthallen zuzulassen. — Das Mitbringen von rohen Thierhäuten in die Markthallen, sowie das Lagern derselben und der Handel mit denselben in den Markthallen ist im gesundheitspolizeilichen Interesse verboten. — Eine Ausnahme von diesem Verbot findet nur statt bezüglich des Ausschlagens und Zerlegens von Häutern und Wäulen aus dem ganz frischen Fell. Unreifes Obst ist von dem reifen gesondert zu halten und als solches durch Aufstellung einer Tafel mit der deutlich lesbaren Aufschrift „Unreifes Obst“ kenntlich zu machen. Wer Rohfleisch zum Verkauf stellt, darf nicht auf demselben Verkaufsstand anderes Fleisch feilbieten und muß an dem Verkaufsstand eine Tafel mit der deutlich lesbaren Aufschrift „Rohfleisch“ führen. — Kunstbutter und Milchbutter ist von der Naturbutter gesondert zu halten und als solche durch Aufstellung einer Tafel mit der deutlich lesbaren Aufschrift „Kunstbutter“, „Milchbutter“ kenntlich zu machen. Käufer wie Verkäufer sind gehalten, jegliche Verletzung des Ansehens und die Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu unterlassen. Nüchternes, zweckloses Stillstehen, wodurch die freie Passage gehindert und bei etwaiger Kubstörung der Zusammenlauf verzögert wird, ist unbedingt verboten. Sollen ein Streit bis zu Thätlichkeiten ausarten, so werden die Ruhestörer ohne Weiteres aus den Markthallen verwiesen und dürfen letztere an diesem Tage von denselben nicht wieder betreten werden. — Die Befreiung des schuldigen Theils bleibt dem gerichtlichen Verfahren vorbehalten. — Das Mitbringen von Hunden in die Markthallen ist sowohl den Verkäufern als den Käufern untersagt. — Die Koltrung der Marktpreise zu Zwecken des Marktberichts erfolgt durch die Markthallenverwaltung und die königl. Markt-Polizei gemeinschaftlich. — Uebertretungen der Vorschriften dieser Verordnung werden, wenn dieselben nicht nach anderweitigen Gesetzen oder besonderen Polizei-Verordnungen zu bestrafen sind, mit einer Geldstrafe bis zu 30 Mark oder im Unvermögensfalle mit verhältnismäßiger Haft geahndet. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Mai d. J. in Kraft.“ Bei Eröffnung der vier Markthallen sollen bekanntlich acht offene Märkte geschlossen werden. Am Montag, den 17. Mai, hat der Magistrat bei dem Bezirksauschuß beantragt, den Tag dafür, der bisher nicht bestimmt worden war, anzusetzen. Mittlerweile ist aber ein Zwischenfall eingetreten. Das Polizeipräsidium hat nun, wie ein hiesiges Blatt hört, von dem Handelsminister die nicht erwartete Anweisung erhalten, die Vorgehen des Bezirksauschusses als nicht gerechtfertigt zu achten; der Minister ist der Ansicht, daß die Schließung aller von der Ortspolizeibehörde, dem Polizeipräsidium, ausgesprochen werden kann. Offentlich wird das Polizeipräsidium, um die Markthallen-Unternehmen nicht zu schädigen, gemeinsam mit dem Bezirksauschuß die Schließung für den gleichen Tag fort auszusprechen.

Antisemitisches Langfränchen mit Konzert-Theatervorstellung. Nach der „Staats. Zig.“ veranstaltete am Mittwoch der „Deutsche Antisemitendeb.“ ein Fest Sansjoui in Berlin. Das Fest scheint aber nicht besonders besucht gewesen zu sein. Nach dem Bericht der „Staats. Zig.“ bemerkte der Festredner Herr Wilberg: „Wenn die Festlichkeit heute nicht so besucht sei, wie es sonst der Fall war, so ist dies wohl seinen Grund darin, daß die Herren, die sich eingetretene warmen Witterung wegen, ihre schwarzen Anzüge, Fracks u. dergl. bereits ins Verhängnis getragen hätten (Gefährlichkeit).“ Herr Wilberg schloß seine Rede mit dem Wunsche, „daß endlich jener Tag erscheine, wo das deutsche Volk sich juchet, von Sclavenketten befreit, die ihm ein fremdes, gebildetes Volk in eigenen Bande um den Hals schmiedet (Gefährlichkeit).“ Dreifaches Hoch auf den D. N. B.).“ Rektor Grotzschneide forderte die Frauen auf, den Männern den Kampf durch zu erleichtern, daß „sie sich vornehmen, nicht mehr jüdische Beutungen zu lesen, die den Geist der Kinder und der Frauen vergiften, und von keinem Juden ein Stück mehr zu kosten (Stürmisches Bravo. Einzelne Rufe: Thun wir auch nicht!).“ — Wenn es mit jenen Herrn übrigens so bestellt ist, daß sie zu ihren eigenen Festen nicht kommen können, weil sie in schlechten Kleidern verkehren, so dürfte einem teillen Geschäftsmann an einer solchen Rundschau überhaupt nicht allzuviel liegen.

Die Tiefbohrungen auf Tivoli, welche seit einigen Monaten zur Gewinnung weiterer Wasserquellen veranstaltet werden, haben ein für Geologen recht interessantes Resultat zu Tage gebracht. In dem einen der beiden Bohrlöcher stieß man nämlich, nachdem bis 50 Meter nur Schluffsand und dann Sand durchsetzt mit größerem Sande vorgekommen war, in einer Tiefe von 71 Meter auf ein kompaktes blaues Thonlager, welches sich als 4 Meter stark erwies und in einer Tiefe von etwa 1 1/2 Meter eine Ablagerung von Seemuscheln, Resten von Seeischnen und seltsam geformten anderen ehemaligen Meeresbewohnern enthielt. Diese antediluvianischen Ueberbleibsel waren im Laufe ungezählter Jahrtausende zu einer kompakten massigenartigen Masse geworden, in der sich aber die einzelnen Muscheln, Schnecken, Muscheln, außerordentlich gut erhalten haben. Unterhalb des Thonlagers stieß man wieder auf größeren Sand, wie er dem Meereshoden eigenthümlich ist. — Die beiden Bohrlöcher, welche sich in der Nähe des kassalischen Terrains im Tempelhofer Felde befinden, sollen bis auf mindestens 100 Meter Tiefe gebracht werden. — Eigenthümlich erscheint es, daß die beiden Bohrlöcher, welche der Militärklub vor sechs Jahren auf dem Tempelhofer Felde veranstaltete und bis zu 96 Meter Tiefe gebracht hatte, keine solche Ablagerungen, wie die oben erwähnten, gefunden worden sind.

Eine Pfändung auf offener Straße erregte gestern Mittag gegen 1 1/2 Uhr nicht geringes Aufsehen. Einer auf dem Wochenmarkt am Dönhofsplatz ausstehenden Schenkler, in der Frankfurter Allee wohnhaft, war einem Bierschank eine größere Summe Geldes schuldig, die trotz aller Schenklerungen nicht eingeleistet werden konnte. Da dem Schenkler nicht anders beizukommen war, so erhielt ein Gerichtsvollzieher den Auftrag, Pferd und Wagen des Schuldners zu pfänden und der Gerichtsvollzieher führte auch den Auftrag in der Augenblick aus, als der Schenkler nebst Frau und Kindern sich zur Nachhausefahrt bereit machten. Da die Frau einen Pferd und Wagen sei ihr Eigenthum, während die Forderung eine alte Schuld ihres Mannes sei und sie aus diesem Grunde gegen die Pfändung entschieden protestirte, rief der Gerichtsvollzieher einen Schupmann herbei, unter dessen Aufsicht die ganze Gesellschaft nach dem Polizeirevierbureau am Tempelhofer Markt begab. Die unliebsame Affaire, welche einen solchen Ausfall hervorgerufen hatte, endete damit, daß der Schenkler mit seiner Frau ihren Weg zu Fuß fortsetzten, während die Besizer, der Gerichtsvollzieher und ein Schupmann sich

den Bod des Wagens setzten und wahrscheinlich nach der Pfandkammer führen.

Dah sich hinter Tapeten die schauerlichsten Geheimnisse sehr gut verbergen lassen, das ist ein von unseren Romanschriststellern weidlich ausgenutztes Thema, das natürlich am wirkungsvollsten bei der Schilderung alterthümlicher Schlösser bearbeitet wird, deren Gemächer mit geheimnißvollen Thüren versehen sind, welche auf den Druck an einer bestimmten Stelle der Tapete aufspringen und dergleichen. Unsere Berliner Bauverhältnisse erschweren diese, wie manche andere Romantil, aber Tapeten haben wir auch und diese haben mitunter auch ihre Geheimnisse. Der Inhaber einer hiesigen Fabrik ätherischer Dreie hatte vor einiger Zeit sein Komptoir neu tapeziren lassen; unter seinen vielen Kunden, die dort ein- und ausgingen, besand sich auch ein hiesiger Hauswirth, der die Tapeten sehr aufmerksam betrachtete und sich nach dem betreffenden Tapezireur erkundigte; man theilte ihm die Adresse des Mannes mit und siehe da, an diesen sowie an die Tapete knüpften sich für den Hausbesitzer noch „heure“ Erinnerungen. Vor mehreren Jahren hatte er dem Tapezireur, der ihm eine Summe Geldes schuldet, einen bedeutenden Posten Tapeten übergeben, um damit Tapezirearbeiten für ihn zu machen und so die Schuld allmählig abzurufen; bald darauf aber verschwand der Tapezireur mit sammt den Tapeten und das unverhoffte Wiedersehen der letzteren frischte die Erinnerung wieder auf. Heute lebt der Tapezireur in leidlichen Verhältnissen und hat sich bereit erklärt, nunmehr seine Schuld abzurufen zu wollen, auch die erforderlichen Tapeten selbst zu liefern. Das Geheimniß der Tapete aber ist gleichmäßig interessant, gleichwohl, ob sie dunkle Gewölbe und unterirdische Wege verhält, oder ob sie, wie hier, auf den bunt verschlungenen und durcheinander laufenden Wegen des Verkehrs Anlaß zu geschäftlichen Ermittlungen giebt.

Ueber einen Treppeneinsturz, der den Tod eines Menschen zur Folge hatte, wird uns berichtet: Auf dem Grundstück Kasanien-Allee 89 wird ein Neubau aufgeführt, der jetzt bereits bis zum vierten Stock vollendet ist. Während der inneren Bauarbeiten wird die Verbindung zwischen den Stockwerken durch Holztreppen hergestellt. Gestern um 4 Uhr Nachmittags stürzten diese Treppen sämmtlich von dem vierten Stock bis zum Erdgeschoß in sich zusammen. Ein 17jähriger Maurerlehrling, Karl Kubicki, der sich mit Baumaterial vom Bauplatz nach den oberen Stockwerken begeben wollte, wurde von herabstürzendem Gestein und Steinen verschüttet. Erst nach längerer Zeit wurde der Verunglückte als Leiche unter dem Trümmerhaufen hervorgezogen.

Ein schwer verwundeter Grenadier von der 2. Kompagnie des 1. Garderegiments z. F. wurde vorgestern in das Lazareth des Regiments eingeliefert. Die „Potzd. Nachr.“ schreiben hierüber: Bei dem Exerciren auf dem Bornstedter Felde am Donnerstag Vormittag führte ein Grenadier der 2. Kompagnie ein Kommando falsch aus, worüber der Kompagnieführer Herr Hauptmann von Höpner detartig erregt wurde, daß er dem Grenadier seinen Degen in den Leib stieß und zwar mit solcher Kraft, daß die Spitze bis dicht zum Herzen vordrang und der Grenadier tödtlich verlegt, sofort zusammenbrach und schließlich ins Lazareth gebracht wurde. Die Verwundung ist eine derart schwer, daß der Tod des Mannes nicht ausgeschlossen ist.

Bei den zahlreichen Ermittlungsprozessen, die im Laufe des Jahres von der Abtheilung für schleunige Sachen beim hiesigen Amtsgericht I verhandelt werden, macht sich eine für unsere Berliner Verhältnisse höchst beachtenswerthe Erscheinung bemerkbar. Wegen den auf verspätete Miethszahlung gegründeten Ermittlungsantrag wird nämlich sehr oft der Einwand der gesetzwidrigen Beschaffenheit der Wohnung geltend gemacht, und in zahlreichen Fällen und namentlich da, wo dieser Einwand auch nur möglicher Weise Aussicht auf Begründung hat, zieht der Wirth einen Vergleich mit dem Miether vor, um das Urtheil des Richters, daß die Wohnung gesundheitsgefährlich ist, zu vermeiden. Ueberall nämlich, wo die Polizei von einer solchen gerichtlichen Entscheidung Kenntniß erlangt, wird dem betreffenden Wirth die Weitervermietung der ungesunden Räume als Wohnung untersagt und erst nach Beseitigung der gesundheitsgefährdenden Ursachen wieder gestattet. Manche Wirth haben auf diese Weise recht läbliche Erfahrungen gemacht und in einem noch ziemlich neuen Hause nahe beim Görlitzer Bahnhof wurde aus Anlaß eines solchen Ermittlungsprozesses dem Wirth die Vermietung der gesamten Kellerstube zu Wohnzwecken untersagt wegen der gesundheitsgefährlichen Beschaffenheit dieser als Wohnungen hergerichteten Räume, so daß derselben jetzt als Lagerraum von einem Topfer gemiethet sind, was dem Wirth von seiner Rentabilitätsberechnung des Hauses einen erheblichen Abstrich verursachen dürfte.

Polizei-Bericht. In der Nacht zum 9. d. M. erschoss sich ein Kandidat der Rechte in seiner Wohnung, in der Oranienstraße. — Am 9. d. M. Mittags wurde ein seit längerer Zeit an Schwermuth leidender Mann in seiner Schlafkammer, in der Körnerstraße, erhängt aufgefunden. — Am Nachmittag desselben Tages brach die noch nicht fertige Haupttreppe im Vorderhause des Neubaus Kasanien Allee 89 vom 5. Stockwerk aus zusammen und riß den an derselben beschäftigten Maurer-Verhänger mit in die Tiefe. Er erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er auf der Stelle starb. Fabrikmäßige Bauart und Verwendung schlechten Materials sollen die Ursachen des Einsturzes sein. Der für den Bau verantwortliche Bau-Unternehmer ist schließlich geworden. — Am Abend desselben Tages machte ein Mann, unmittelbar nachdem er in den Räumen des Reichstheaters bei einem Diebstahl betroffen worden war, in einem Garderobenzimmer den Versuch, sich zu erhängen. Er wurde noch rechtzeitig bemerkt und abgesehritten, mußte aber, da er trotz der sofort vorhandenen ärztlichen Hilfe nicht zum Bewußtsein zurückgerufen werden konnte, mittelst Droßke nach der Charitee gebracht werden.

Gerichts-Zeitung.

† Unter der Anklage, groben Unfug verübt zu haben, stand gestern der Richter, Herr Fr. Berndt vor dem Schöffengericht. Am 15. Dezember hatte im 25. Kommunalwahlbezirk die Stichwahl zwischen Krampff (C. P.) und Franke (N. P.) stattgefunden. Im Wahllokale, Memelstr. 15, war es nun nach der Anklage zu einer Szene zwischen Herrn Berndt und einem Herrn Dr. Wiese gekommen, der Streik soll sich auf der Straße fortgesetzt und einen Aufruhr verursacht haben. Durch die Beweisaufnahme wurde der Thatsache wesentlich anders festgestellt. Selbst Herr Dr. Wiese behauptete ebenso wie der Zeuge Drechslermeister Labert, daß eine Menschenansammlung, wie es an solchen Tagen vor Wahllokalen der Fall zu sein pflegt, bereits vorhanden war. Der Streik selber hatte, wie der Zeuge, Schuhmachermeister Baale, aus sagte, folgende Ursache gehabt: Berndt war im Wahllokale als Vertrauensmann anwesend; er bemerkte, wie Dr. Wiese einen Wähler bearbeitete, konsequenz zu stimmen und ersuchte ihn, es zu unterlassen. Dr. Wiese entgegnete: „Sie dumme Junge, was wollen Sie eigentlich von mir?“ — In einer Antwort hat Berndt es natürlich nicht fehlen lassen. Der Anwalt selber beantragte Freisprechung; der Gerichtshof schloß sich dem an und legte die Kosten des Verfahrens der Staatskasse zur Last.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Uebermächtigen Grundbesitz hat, nach der „Hamd. Bzglg.“, nicht nur der Adel in Deutschland, Oesterreich-Ungarn,

England etc., sondern auch der in Dänemark. Nach der Kopenhagener „Nationaltidende“ besitzt der dänische Adel den siebenten Theil des Landes, dem Grundwerthe nach gemessen. Von 207 Großgütern (Sætesgaardar) sind 69 im Besitze des Adels, also genau ein Drittel. Das Kapitalvermögen des Adels kann nicht mit Bestimmtheit angegeben werden; aber nur das Fideikommisskapital, dessen Zinsen er genießt, beläuft sich ungefähr auf 132 Mill. M. Die Lehen, Stammbäuser (Majorate) und Fideikommiss, welche den größten Theil des adeligen Grundbesitzes bilden, sind in den Händen von 50 Familien. Zu den übrigen Güterbesitzern können 23 andere Familien gerechnet werden. Mit Ausnahme einer einzigen Familie sind alle älteren Adelsfamilien noch im Besitze von mehr oder minder großen Gütern.

Eine Arbeitseinstellung der Schuhmacher der Edelmann'schen Fabrik in Altona erscheint unvermeidlich, da der Fabrikant es abgelehnt hat, mit dem von seinen Arbeitern gewählten Komitee zu unterhandeln. Es wurde eine neue, aus drei Mann bestehende Deputation gewählt, welche in einer für Freitag anberaumten Versammlung Bericht über den Ausgang der Unterhandlungen erstatten sollte.

Schnell beendeter Streik. Am 6. d. früh legten plötzlich sammtliche am Bau des für den zur Ostermesse angemeldeten Direktor Herzog bestimmten Zirkus beschäftigten Zimmerleute die Arbeit nieder. Dieselben erhielten bis jetzt 32 Pf. pro Stunde und fordereten jetzt 35 Pf. Da der Zirkus bis Ostern fertig gestellt sein muß, sah man sich gezwungen, die Forderungen zu bewilligen, und haben die Zimmerleute am 7. ihre Arbeit wieder aufgenommen.

Das Kapital ist international. Die Irish Glass Bottle Company ließ sich 38 dänische Glasbläser aus Kopenhagen kommen, als ihre eigenen irischen Arbeiter zu streiken wagten. Wo der Geldbeutel anfängt, hört der Patriotismus auf.

In der Maschinenweberei von Reichsheim und Sohn zu Wäsgersdorf in Schlesien ist ca. 150 Arbeitern und Arbeiterinnen die Arbeit gesündigt worden. Diejenigen, welche glaubten, in Kürze anderswo beschäftigt zu werden, wurden nach Auszahlung eines 14tägigen Lohnes sofort entlassen, während ein anderer Theil die gesetzliche Kündigungsrfrist im Arbeitsverhältnis noch verbleibt. Unter den Entlassenen befinden sich 30 Familienköpfer.

Ein Theil der streikenden Arbeiter der Zigarrenfabrik von Scharke u. Komp. zu Striegau hat die Arbeit wieder aufgenommen, während die Arbeiter in der Scharleschen Filiale zu Peterswaldau dem Streik beigetreten sind. Eine Anzahl Arbeiter hat auch in den von Kulm'schen Steinbrüchen zu Ober-Sirell in Schlesien die Arbeit eingestellt.

Die Lohnkommission der Berliner Zimmerer erläßt folgende Erklärung auf die von den Meistern, soweit sie Zimmerleute beschäftigten, am 14. März d. J. bei Buggenhagen gefasste Resolution (II. Theil: In Erwägung, daß die monatelangen Bemühungen der Meister-Lohnkommission mit den Zimmergehilfen, eine Vereinbarung über Lohn und Arbeitszeit für dieses Jahr herbeizuführen, zu keinem Resultat geführt haben): „Belanntlich ist den Berliner Zimmerern von den Meistern der Vorwurf gemacht worden, daß sie der Aufforderung vom 13. Februar cr., eine Lohnkommission von 15 Mitgliedern zu ernennen, nicht nachgekommen seien. In unserer Rechtfertigung haben wir folgendes zu bemerken: Im Februar d. J. wurde auf einigen Plätzen hier folgendes Schreiben vertheilt: „An die erbornen Zimmergehilfen Berlins! In der Versammlung der Inhaber Berliner Bauergesellschaften, welche am 4. Februar d. J. im Buggenhagen'schen Saale stattgefunden, wurde beschlossen, wegen der Ihrerseits angeregten Lohnfrage mit Ihnen zu unterhandeln und Sie zu ersuchen, eine Lohnkommission mit gleicher Anzahl von uns, demnach von 15 Mitgliedern zu ernennen, welche im Besitze vollgültiger Mandate mit der seitens der Meister bereits gewählten unterzeichneten Kommission unterhandeln und bindende Beschlüsse unterzeichnen kann. Wir ersuchen Sie, diese Wahl der Kommission möglichst bald vorzunehmen und die Namen der gewählten Mitglieder dem Unterzeichneten mitzutheilen, damit derselbe eine Sitzung zur gemeinschaftlichen Beratung anberaumen kann. Die Meister-Lohnkommission. J. A.: Philipp Gosebruch, Hof- und Rath's-Bauwerkmeister, Flegelstraße 10-11.“ Die bestehende Lohnkommission der Gesellen, die das oben angeführte Schreiben nicht zugefandt erhalten hatte, wurde demnach von der Meisterlohnkommission sichtlich ignorirt. Wir mußten annehmen, daß die Herrn mit der bestehenden Gesellen-Lohnkommission nichts zu thun haben wollten. Hätte nun dennoch die Kommission der Gesellen eine Versammlung einberufen und die Wahl vorgenommen, so wäre es fraglich gewesen, ob dieselbe die Anerkennung der Meister erhalten hätte. Ueberdies war in dem Briefe selbst nicht einmal angegeben, unter welchen Regeln die 15 Personen gewählt werden sollten. Wie sollte aber eine solche Wahl vollzogen werden? Für einen Zimmergehilfen ist es fast unmöglich, eine Versammlung selbstständig einzuberufen; die Kosten (Saalmieth, Säulenanschläge, Inserate etc.) betragen 70 bis 80 Mark. Aus diesen Gründen beschloß die Versammlung, die am 14. März auf „Eivolk“ tagte, um aus diesen Ungewissheiten und Schwierigkeiten herauszukommen, die Lohnkommission der Meister aufzufordern, der Gesellen-Lohnkommission den Modus der Wahl vorzuschlagen resp. zu unterhandeln. Die Antwort der Meister war der Abbruch aller Verhandlungen mit den Gesellen! — Jeder Unparteiische kann sich nun selbst ein Urtheil bilden, wo er eine friedliche Lösung unserer Lohnfrage verbündet hat. Berlin, im April 1886. Die Lohnkommission der Berliner Zimmerer. J. A.: J. Seyd, Fehrbellnerstr. 35.“

Vereine und Versammlungen.

† Stürmisch und unerquicklich war der Verlauf der Mänteläherinnenversammlung, die vorgestern nach „Sanssouci“, Kottbuserstr. 4 a, mit der Tagesordnung: „Die Parteien und die Mänteläherinnenbewegung“ von Frau Bäge einberufen war. Schon die Bureauwahl führte zu heftigen Szenen; Frau Bäge wollte eine Geschäftsordnungsdebatte nicht zulassen und erklärte mit überlauter, gellender Stimme, sie werde die Kräfte hinausweisen. Diese Drohung war besonders auf Herrn J. Kreuz gerichtet, der gegen den Vorschlag, Frau Bäge zur ersten Vorsitzenden zu wählen, geltend gemacht hatte, daß sie als Referentin nicht Vorsitzende sein könne und die Wahl von Frau Böttling empfahl. Die Abstimmung über beide Vorschläge ergab ein äußerst zweifelhaftes Resultat. Nach unserer Zählung erhoben sich etwa 20 Hände für Frau Böttling und etwa 17 für Frau Bäge; die meisten Arbeiterinnen enthielten sich der Abstimmung. Frau Bäge aber zeigte andern und proklamirte sich, Frau Loffe und Fr. Schulz als gewählt. — Nunmehr las Frau Bäge dazu, ihr Referat zu verlesen, das den Zweck hatte, sie von dem Vorwurf zu reinigen, sie habe die Mänteläherinnenbewegung in christlich-sozial getriebenes Wasser zu leiten beabsichtigt. Sie erklärte es als sehr unbedacht, daß sie wegen einer Telleransammlung für die Sache der Mänteläherinnen sich an Stöcker gewendet habe, und wies energisch den Verdacht zurück, sie habe Verdächtigungen gegen Singer vertriebt. Die eigentlichen Schuldigen seien Kräulein Dittke und Frau Brandemann, von denen die eine aus dem Vorstande des Mänteläherinnenvereins ausgetreten, die andere ausgeschlossen worden sei. Frau Brandemann sei zu Stöcker gegangen, „angeblich in geschäftlichen Angelegenheiten, thatsächlich aber, um ihn anzupumpen!“ Mit einer gewissen Antiksequenz sagte sie sodann, daß die Frauen sich ausschließlich um ihre wirtschaftlichen Verhältnisse und nicht um politische Parteien zu kümmern hätten, deutete aber an, daß sie der Arbeiterpartei den Vorzug

gebe. Das Referat schloß mit der Bitte, Frau Bäge ein Vertrauensvotum auszusprechen und über den unliebsamen Zwischenfall zur Tagesordnung überzugehen. „Kimmermehr werden wir uns durch irgend welche Verlockungen, durch irgend welche beachtliche Verpersönungen der Kaufleute und Schneidermeister oder gemisser Parteien von der rechten Bahn abdrängen lassen. Es wäre aber eine freventliche Handlung am arbeitenden Proletariate, wenn man über unnützen Heibereien die Zeit verliere müßte!“ — Das waren die Schlussworte, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. — In der Diskussion erhielt zunächst Herr Julius Kreuz das Wort, der Frau Bäge sehr heftig und zum Theil sehr persönlich angriff. Er beschuldigte sie der unerschütterlichen Interessenpolitik. Sie sei deshalb aus dem Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen ausgetreten, weil sie keine Dilettanten bekommen habe, sie habe deshalb einen neuen Verein gegründet, um sich zu versorgen. Trotz allen Abtrathens habe sie mit den Innungsmeistern Verbindungen angeknüpft in Uebereinstimmung mit einer gelegentlichen Aeußerung, daß die Sozialdemokraten die Arbeiterinnenbewegung umstoßen wollten. — Diese Ausführungen, die sehr verb ausgedrungen wurden, verletzten die Versammlung in große Unruhe, Frau Bäge aber in wüthende Aufregung. Sie war aufgeregten und handhabte unablässig die Glocke, und als Herr Kreuz sich nicht vom Podium entfernen wollte, so wurde der Mann immer größer und der überwachende Polizeibeamte löste die Versammlung in Folge dessen auf. Emphatisch rief Frau Bäge noch in die Menge hinein: „Das ist der Dank der Sozialdemokratie! Wir werden uns darnach richten.“ — Sicherlich werden auch die Berliner Mänteläherinnen sich nach diesen Worten richten und einer weniger nervösen und zuverlässigeren Vertreterin die Führung ihrer Angelegenheit anvertrauen, die, wie wir lebhaft wünschen, künftig von besseren Erfolgen als bisher begleitet sein mögen.

Der Arbeiterbezirksverein „Unversagt“ hielt am 6. April cr. seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Steindorff gab einen ausführlichen Jahresbericht, wobei er besonders hervorhob, daß es dem Verein durch ein ständiges Votum vergönnt war, seine Versammlungen im abgelaufenen Quartal regelmäßig abzuhalten, sodann besprach er nochmals einzeln die stattgehabten Versammlungen und forderte die Mitglieder auf, in ihren Kreisen und Bekanntenkreisen neue Mitglieder für den Verein zu werben. — Der Kassirer, Herr Franke, erstattete Bericht über die Kassenvorhältnisse des Vereins und schloß mit der Aufforderung an die Mitglieder, die Beiträge regelmäßig einzuliefern, nur dann könnten die Kassenvorhältnisse bessere werden. Dem Kassirer wurde auf Antrag der Revisoren Decharge ertheilt. Bei der Wahl eines Referats wurde Herr Krüger wiedergewählt. Der Vorsitzende theilte mit, daß er den Stadtverordneten Hoffmann II per eingeschriebenen Brief ersucht habe, einige von den bewußten Wohnungen zu 100-120 M. anzugeben, derselbe habe es jedoch für gut befunden, nicht zu antworten. Das Verhalten dieses Stadtverordneten wurde in einer hierauf folgenden regen Debatte scharf verurtheilt. Am 2. Osterfesttage unternimmt der Verein eine Kuchpartie; Treffpunkt Brandenburger Thor Vormittags 7 1/2 Uhr. — Herr Steindorff forderte die Mitglieder zum Abonnement auf das „Berliner Volksblatt“, das einzige in Berlin erscheinende Organ zur Vertretung der Interessen des werththätigen Volkes, auf. — Die nächste Versammlung findet am Dienstag, den 20. April cr., ebenfalls im Lokale des Herrn Salob, Landsbergerstr. 82, statt.

In der außerordentlichen Generalversammlung des Gaudereins der Raler wurde nach Erstattung des Kassensberichts über die Tagesordnung der am 26., 27. und 28. April zu Hannover stattfindenden Generalversammlung debattirt und der Delegirte, Herr Kühner, beauftragt, dafür zu stimmen, daß die §§ 15 und 16 des Verbandsstatuts geändert werden. Der vorgerückte Zeit wegen konnte in weitere Verhandlungen nicht eingetreten werden und erfolgte der Schluß der Versammlung um 11 1/2 Uhr.

* Freie Organisation junger Kaufleute. Bei den am 9. d. M. stattgefundenen Vorstandswahlen wurden folgende Herren gewählt: Zum ersten Vorsitzenden Hb. Guttmann, zum zweiten Vorsitzenden Alfred Schlegel, zum ersten Schriftführer G. Nieder, zum zweiten Schriftführer S. Warschauer, zum Kassirer J. Kuerbach, zu Beisitzern die Herren Carl Rosenthal, Eug. Denning, Jos. Deutschland, Sally Caro, Reinb. Kowalsky und Leop. Brud.

* Große Volksversammlung am Montag, den 12. April, Abends 8 Uhr, in Habel's Brauerei, Bergmannstraße 5-7. Tagesordnung: „Die gegenwärtige sozialpolitische Lage und die Thätigkeit des Reichstags.“ Referent Reichstagsabgeordneter Herr Singer.

* Männergesangsverein „Schneeglöckchen“ jeden Montag Abend im Restaurant Raunynstraße 78.

* Große öffentliche Tischlerversammlung Montag, den 12. April, Abends 8 1/2 Uhr, im Konzerthaus „Sanssouci“, Kottbuserstr. 4 a. Tagesordnung siehe Inserat.

* Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Sattler und Berufsgenossen. (C. S. 64, „Hoffnung“). Mitglieder-Versammlung Montag, den 12. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in Gratzmeil's Bierhallen, Kommandantenstraße Nr. 77/79. T.-O.: 1. Kassensbericht pr. 1. Quartal. 2. Revisorenwahl. 3. Verschiedenes. Quittungsbuch legitimirt.

* Große öffentliche Versammlung der Arbeiter sämtlicher Gewerke Sonntag, den 11. April, Vormittags 10 Uhr, Andreadstr. 21, Keller's großer Saal. Tagesordnung: Wie regeln wir am besten den Arbeitsnachweis und das Herbergswesen. Diskussion.

Letzte Nachrichten.

— Im weiteren Verlaufe der vorgestrigen Sitzung des englischen Unterhauses sprach Hartington entschieden gegen die irischen Vorschläge Gladstone's und hob hervor, das Land habe bei den Wahlen keine Kenntniß davon gehabt; er glaube, es bilige diese Vorschläge nicht, sondern erwarte von seinen Vertretern aller Parteien, daß sie wie ein Mann zusammenstehen, um die volle Integrität des Reiches und die Suprematie des Gesetzes überall im Lande aufrecht zu erhalten. Morley meint, weder Chamberlain noch Hartington hätten die Schwere der Lage erkannt. Der Mißerfolg der Regierung würde die Unterdrückung der Nationalliga durch strenge Zwangsmaßnahmen notwendig machen. Diejenigen, welche die Gefahr erkennen, würden die Vorlage der Regierung zustimmen, sowie einer billigen Billigung, um die Politik der Versöhnung durchzuführen. Die Berathung wird Montag fortgesetzt werden.

— Wie die „Times“ erfährt, hat außer dem Kanzler des Herzogthums Lancaster, Henagat, auch der Arbeitsminister, Lord Morley, seine Entlassung eingereicht; ebenso sollen, wie die „Times“ hinzusetzt, Entlassungsgesuche aus den Kreisen der obersten Hofwürdenträger zu erwarten sein.

— Trotzdem die Arbeitseinstellungen der Eisenbahngesellschaften in den Vereinigten Staaten von Amerika durch Aufhebung beigelegt sein sollen, geht der „Post. Bzg.“ die Nachricht von neuen Unruhen zu, die gestern in St. Louis ausgebrochen sind. Dem Anschein nach haben die Streikenden abermals das Ablassen eines Zuges zu verhindern gesucht. In dem deshalb entstandenen Kampfe mit der Schutzwache sind sechs Personen getödtet worden.

— Im Diätenvertr. gegen den Abg. Verhe stand gestern vor dem Raumburger Oberlandesgerichtigen Termin an. Der Vertreter des Fiskus erklärte, er habe das Budgetprotokoll zu spät erhalten, und beantragte Vertagung. Der

Verteidiger, Rechtsanwalt Tollmeyer, erklärte hierin seinen rechtmäßigen Grund zur Vertagung und hat sowohl diese, als die Berufung selbst zu verwerfen. Das Gericht setzte jedoch einen neuen Termin auf den 7. Mai an, an welchem auch in Sachen *Hansen* verhandelt werden soll.

Kleine Mittheilungen.

Pest, 9. April. (Ein polizeiliches Verbot.) Anlässlich der zahlreichen Unglücksfälle beim Fensterreinigen und bei Arbeiten auf den Dächern hat die Polizei verfügt, daß die betreffenden Arbeiter oder Diensthilfen mit einem Rettungsseil versehen sein müssen. Dagegen handelnde werden mit 50 Gulden bestraft. Die Strafe wird von den Dienstgebern der Arbeiter getragen. — Recht so!

Salzburg, 8. April. (Explosion einer Pulvermühle.) Die Pulvermühle in Glasenbach bei Salzburg ist gestern Abend in die Luft geflogen. Zwei Menschenleben fielen der Explosion zum Opfer. Eine Kommission aus Salzburg begab sich nachts an Ort und Stelle.

Ein blutiges Liebesdrama. Aus Motrin wird dem „Vestier“ folgendes gemeldet: Unsere Ortschaft ist durch ein blutiges Liebesdrama in undurchsichtliche Aufregung versetzt.

Ein wegen seines leichtfertigen, ausschweifenden Lebenswandels schlecht beleumundeter junger Mann, Christof Heim jun., roter Passi, hat, allem Anscheine nach auf gemeinschaftliche Verabredung, vorgestern Abends seine Geliebte Johanna Fischer, sowie deren Freundin Lina Stern mit einem Revolver erschossen und sodann sich selbst eine Kugel durch den Kopf gesetzt. Sowohl er, als auch die beiden Mädchen wurden von den auf die Detonationen herbeieilenden Nachbarn todt aufgefunden. Der Urheber dieses entsetzlichen Dramas stand bei seinem allgemeinen geachteten Vater, der auch die Postmeisterstelle bekleidet, zeitweilig als Expeditior in Verwendung und entwendete demselben wiederholt größere oder kleinere Geldbeträge. Anlässlich brannte der erst einundzwanzigjährige junge Mann abermals mit einer namhaften Summe durch, lehrte jedoch alsbald zurück, um kurz darauf die entsetzliche Bluttat zu verüben. Die Geliebte Heims, Johanna Fischer, war eine auffallende Schönheit, während ihre Freundin Lina Stern als ebenso auffallend häßlich bekannt war. Es bestand indeß zwischen den beiden Mädchen ein so intimes Verhältnis, daß es hier Niemanden Wunder nimmt, daß die letztere ihrer Freundin bereitwillig in den Tod folgte. Die eigentlichen Motive dieser Bluttat sind vor der Hand nicht bekannt. Vielleicht werden die hinterlassenen Briefe das Geheimniß lüften. Gerüchtwiese verlautet, daß das Liebes-

verhältnis nicht ohne Folgen geblieben ist und daß die Verweigerungsthat von der Geliebten Heims angeregt worden ist, die ihre Schande nicht länger verheimlichen konnte. Die Freundin des Mädchens soll bei dem unglücklichen Verhältnisse der Beiden die Vermittlerin abgegeben haben und nun durch Gewissensbisse zur Einwilligung in das blutige Verbrechen veranlaßt worden sein. Heim diente vor Jahresfrist als Kavalier bei der Armee, wurde jedoch seiner Charge verlustig erklärt. Er ging sodann zur Gendarmarie, wo aber seines Bleibens auch nicht war, denn schon nach kurzer Zeit wurde er entlassen.

Briefkasten der Redaktion.

H. v. . . . n, Hamburg. Daß irren menschlich ist, mögen Sie daraus ersehen, daß fast alle Arbeiterblätter die Nachricht gebracht haben. Wir haben sie aber bereits am Freitag richtig gestellt. — Uebrigens würden wir uns freuen, wenn uns die Arbeiter selbst immer direkt mit Nachrichten versorgten, dann brauchen wir uns allerdings nicht auf andere Blätter zu verlassen. Leider unterstützen aber die Arbeiter ihre Blätter noch lange nicht genug.

Berger's Versand-Geschäft

Berlin S., 65 Alte Jakob-Straße 65.

Lager sämtlicher Artikel für Herren-Schneider.

En gros.

En détail.

Für die Sommer-Saison empfehle mein großes Lager in leinenen und halbleinenen Drells zu

Herren- und Knaben-Garderoben,

sowie **Moleshins, Tanamas, Cachemirs, Tailen-Cloth, Aermelfutter**, ferner sämtliche Futterstoffe, Borten, Knöpfe und Nähmaterialien, wie alle Bedarfs-Artikel für Herren-Kleidermacher, auch im Einzelnen zu billigsten Engros-Preisen. Die angekauften Reste in leinenen Drells, Cloths und Futterstoffen werden zu bedeutend billigeren Preisen ausverkauft. Kettenhenkel, 10 Stück M. 0,45 und 100 Stück M. 4,00, empfindlich [1350]

Siegmund Berger, 65 Alte Jakob-Straße 65.

General-Versammlung des Vereins der Tapezierer Berlins zur Wahrung ihrer Interessen

am Montag, den 19. d. Mts., **Gratweil's Bierhallen**, Kommandantenstraße Nr. 77/79 (oberer Saal).

- Tagesordnung:
1. Rechnungslegung. [1330]
 2. Anträge und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimirt.

Der Vorstand. NB. Die für Montag, den 12. d. M., angelegte Versammlung findet demnach nicht statt.

Dankagung.

Hierdurch sagen wir allen Gewerkschaften und Personen für die bisherige Unterstützung den aufrichtigsten Dank mit dem Bemerkten, daß jeder Einzelne über die genaue Einnahme und Ausgabe unserer Unterstützungen einen Rechenschafts-Bericht erhält. Den Tag der Versendung werden wir publiziren und bitten um Recommendation, wenn Anwand überzogen wird.

Die **Johannkommission d. Tapezierer Berlins**. J. A.: R. Sander, Spaustraße 102.

Große öffentliche Tischler-Versammlung

am Montag, den 12. April, Abends 8 1/2 Uhr, im **Rongierthaus „Sanssouci“**, Rottbuhlerstr. 4a. Tagesordnung: Lohnfrage. — In dieser Versammlung werden insbesondere die Arbeiter aus folgenden Werkstätten eingeladen: Barutherstraße 8 und 16; Fürbringerstraße 9; Reichensbergerstr. 114; Wegener, Prinzengr. (Reservirt wird in der Versammlung bekannt gemacht.) Um zahlr. Erscheinen ersucht **Der Einberufer**.

Arb.-Bez.-Verein im Westen Berl. Versammlung

Montag, den 12. April, Abends 8 1/2 Uhr, in **Gründer's Salon**, Schererstraße 26.

- Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn **Max Frey** über: „Export deutscher Fabrikate“.
 2. Verschiedenes und Fragelasten. — Neue Mitglieder werden aufgenommen.

General-Versammlung des Verbandes deutsch. Zimmerleute

findet am Dienstag, den 13. d. M., Abends 8 Uhr, **Kommandantenstr. 77/79**, statt. [1329] Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Vorschläge zur Delegirtenwahl. 3. Verschiedenes. 4. Fragen. Aufn. n. Mitgl. Wochenbeitr. 10 Pf., Schreibgeb. 50 Pf. Der Lokalvorstand Berlin O. J. A.: **Jul. Darge**, Köllnerstr. 3.

Fachverein d. Schneider Versammlung

Montag, den 12. April cr., Abends 8 1/2 Uhr, in **Gratweil's Bierhallen**, Kommandantenstraße 77/79 (oberer Saal).

- Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Das Vergnügen am 3. Osterfeiertag Wilhelmstraße 118. 3. Verschiedenes. [1322] Der Vorstand.

Fachverein der Tischler. Versammlung

Montag, den 12. April, Abends 8 1/2 Uhr, in **Jäger's Salon**, Grüner Weg Nr. 29.

- Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Spbraim**. 2. Vorschläge zum Protokollführer und zu einem Beitragskammer für den Osten. 3. Diskussion. Verschiedenes. Fragelasten. — Gäste willkommen. — Neue Mitglieder werden aufgenommen. [1333]

Unterstützungsverein der Buchbinder u.

Montag, den 12. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, **Generalversammlung** in Feuersteins Salon, Alte Jakobstr. 75. T. O.: Siehe Buchbinderztg. [1331]

Große Volks-Versammlung

Montag, den 12. April, Abends 8 Uhr, in **Habel's Brauerei**, Bergmannstraße 5-7.

Tages-Ordnung: Die gegenwärt. sozialpolitische Lage und die Thätigkeit des Reichstags.

Referent: Herr Reichstagsabgeordneter **Paul Singer**.

Mitglieder-Versammlung der Central-Kranken- u. Sterkaffe der Maler

und verwandten Berufsgruppen. Deutschl. (S. d. Nr. 71) Filiale II.

am Dienstag, den 13. April, Abends 8 Uhr, im **Lokal d. Hrn. Hildebrandt**, Weberstr. 17.

- Tagesordnung: 1. Rassenbericht. 2. Wahl eines 1. Bevollmächtigten. 3. Verschiedenes. [1313] Der Bevollmächtigte.

General-Versammlung des Fachvereins sämtl. an Holzbeerb.-Mafsch. geschäft. Arb.

Sonntag, den 18. April, Vormittags 10 1/2 Uhr, in **Keller's Lokal**, Andreasstraße Nr. 21.

- Tagesordnung: Abrechnung. Vorstands-wahl. Wahl eines Arbeitsnachweis-Komitees. — Gäste, die sich als Mitglieder einschreiben lassen, haben Zutritt. Um rege Theilnahme ersucht [1299] Der Vorstand.

Fachverein der Posamentirer und Seidenknopfmacher.

1324 Versammlung Montag, den 12. April, Abends punkt 8 1/2 Uhr, **Pönigk. Kasino**, Holzmarkt u. Alexanderstr.-Ecke. — Vortrag über: „Eine neue Idee der Zukunft“. Kollegen, w. nicht Vereinsmitgl. sind, als Gäste froh willkommen.

Nowawes. Den Mitgliedern des Vereins für Volkswirtschaft zu Nowawes

zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 14. April, Abends 8 Uhr, in **Fischer's Lokal** die regelmäßige Versammlung stattfindet.

- Tagesordnung: Vorstandswahl. Aufnahme neuer Mitglieder. Fragelasten und Verschiedenes. Alle Mitglieder und deren Freunde mögen recht zahlreich erscheinen. **Franz Studienbruch**.

Destillation und Restauration

eröffnet habe und bitte, mich in meinem Unternehmen unterstützen zu wollen.

W. Prüfer, Stalitzerstraße Nr. 141 a, früher Elisabethstraße 16/17, im Keller.

Ein großes Vereinszimmer

ist zu vergeben. [1317]

R. neu renov. Saal ist n. Mitte d. Mts. frei u. Sonnab. a. Vereine u. Vers. z. verg. G. Krieger, Wasserthorstr. 68. [1318]

Eine gut möbl. Schlafst., sep. Eing., ist für 2 Herren sof. z. verm. Rantewitzstr. 44, 4 Tr. [1318]

August Herold

Berlin SO., 112 Skalitzerstrasse 112.

Möbel-, Spiegel- u. Polsterw.-Magazin.

Eigene Fabrik. Solide Preise. Prompte Bedienung. 784

Sommer-Paletots

in kürzester Zeit aus den gediegensten Stoffen, von 8-15 Zhr. Anzüge von 12-18 Zhr. Hosen von 3-6 Zhr. [1134]

G. Dilssner, Schneidermeister, Alexandrinenstrasse 46, Quergeb. 1.

Billigste Bezugsquelle für Gold- und Silberwaaren.

Zu Fabrikpreisen empfiehlt Kreuze, Ringe, Boutons, Broches mit Anhänger, Wärdailons, Colliers, Herren- und Damenketten nach Gewicht, Chemisett- und Manchetknöpfe, Granatschmuck, Silberschmuck. Trauringe in Gelbgold und in Silber vergoldet stets vorrätzig. Werkstatt für neue Arbeiten und für Reparaturen, Gravirungen, Vergoldungen, Verfilberungen u. Einfaß von Juwelen, Gold, Silber, Medaillen und Rängen. [1314]

A. Oertel, Berlin SW., Lindenstraße 109.

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren

eigener Fabrik von eigener Fabrik

C. Hertel, Tischlermeister, Linien-Straße Nr. 130

liegt an der Friedrichstraße, empfiehlt sein Lager aller Arten Möbel und Polsterwaaren zu streng soliden Preisen. 814 Theilzahlungen gestattet.

15,000 Frühjahrs-Paletots,

8, 12, 15, 20-30 Mkt. (neu und wenig getragen), Brauch-Exempl., Rod- und Jaquet-Anzüge, 10-30 Mkt., Hosen, Knaben-Anzüge, schwarze Tuch- u. Rammgarn-Anzüge, Damenmäntel, Alles sportlich. Abzahl. gestattet.

182. Leihhaus Schönhauser Allee. 182.

Damibus-Haltestelle Schönhauser Thor.

Roh-Tabak

Sämtliche Sorten Roh-Tabak werden zu den bekannt enorm billigen Preisen — viel billiger wie jede Concurrenz — verkauft **Vollbringerstraße 48, Hof 1., 1332** Roh-Tabak-Handlung.

Breslauer Getreidekorn.

Stonsdorfer Sitteln, [1316] schlesische Hahnenkäse, prachtvolle Butter von 1 M. an, gm. Sackobst, getr. Äpfel, Birnen, Kirschen, Pfäunen. Ferner beste Hülsenfrüchte sowie rothe u. gebr. Bohnen zu d. bill. Preisen empfiehlt **G. A. Hilbrich, Dennenwischstr. 22.**

Gute getragene Herren- u. Knaben-Garderobe in großer Auswahl. Gute getr. Hosen v. 2 M. an. **J. Sommerfeld, Dranienstr. 199.** [1259]

Wanduhren

mit Patent-Schlagwerk, welches die Stunden repetirt und nie falsch schlägt, selbst nicht, wenn die Felger zurückgestellt werden, empfiehlt [1070]

Max Busse, 157. Invalidenstraße 157, zwischen Brunnen- und Kiderstraße.

Rheinwein,

weißen und rothen, eigener Kelterung, durch aus rein gehalten und sehr preiswerth, versendet in Fässern und Flaschen. **J. Mann, Ober-Engelheim bei Mainz a. Rhein.** [1314]

Buchbinderarbeit jed. Art fertige sauber u. sol. Preise. Bestk. p. Karte aus jed. Stadtgeb. w. abgeholt. **F. Heinert, W., Dennenwischstr. 22.**

Meinen Freunden u. Genossen empfehle ich **J. Anferlig, v. Malerarbeiten** jeder Art Schilder, Stub. u. auch über. ich d. **Lapeyre, Wobn. L. Fuchholz, Waldemarstr. 28, Quergeb. 1.**

E. Stand schöne Betten, neu, sof. f. 22 Mkt. zu verl. **Reichendergerstr. 183, im Rittgenhof.**

Werden gelehrt und gerichtet **d. Schulz, Wasserthorstr. 68.**

Eine kl. Wohn. ist sof. weg. Todesf. p. verm. **Preis 70 Zhr. Brandenburgstr. 60, v. 4.**

Arbeitsmarkt.

Ein Lehrling zur Lederzurichterei wird verlangt **Dranienstr. 5 bei Damm.** [1314]

Junge, anständige Mädchen können Damenschneiderei erlernen. **Johanna Yasner, Louise-Ufer 10.** [1314]

Ein anständ., ehl. Mann sucht Stellung als Kassenbote, Portier od. Kuffcher. **Kautionsstr. 10, Udr. G. R. Gartenstr. 66, 4 Tr. bei G. Ernst.** [1314]